

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 6 und Neue Graupenstr. 11, durch die Buchhandlungen, Hagenstraße 11, durch die Buchhandlungen, Hagenstraße 14, sowie durch alle Ausverkäufer zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3143
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verträge, Verdingungsverträge und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Wer deckt Stresemanns Mißerfolg?

Die Deutschnationalen schimpfen auf Genf, stimmen aber dafür.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat am Montagabend sofort nach seiner Rückkehr aus Genf dem Reichspräsidenten einen kurzen Bericht erstattet. Am Dienstag nachmittag wird er in einer unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindenden Kabinettsitzung die Reichsregierung über die außenpolitische Lage ins Bild setzen. Noch im Laufe dieser Woche wird Dr. Stresemann vor dem Auswärtigen Ausschuss und vielleicht bereits dem Plenum des Reichstages Bericht erstatten.

Von einem Erfolg des deutschen Außenministers in Genf spricht diesmal weder Nationalist noch Pazifist. Es ist ein offener Mißerfolg.

Stresemann hat in der oberschlesischen Schulfrage ein Kompromiß geschlossen, das gegenüber dem augenblicklichen tatsächlichen Zustande in der Wojewodschaft Kattowitz, der zahlreichen deutschen Eltern Geldstrafen für die Entsendung ihrer Kinder in Minderheitsschulen einbrachte, einen Fortschritt bedeutet. Gegenüber dem Rechtsstandpunkt selbst des neutralen Schweizer Völkerbundsdelegierten Calonder bringt das Genfer oberschlesische Schulkompromiß aber einen gewissen Rückschritt, indem es den Besuch der Minderheitsschulen nicht mehr von dem freien Willen der Eltern allein, sondern von einer behördlichen Prüfung der Sprachgehörigkeit der betreffenden Familie abhängig macht. Auch die Regelung für das Saargebiet bedeutet eine offene Enttäuschung sowohl in bezug auf die Zusammenführung der vom Völkerbund wiederernannten Saarregierung wie in bezug auf die Besatzungsregelung, die nur als „Bahnstrecke“ einen neuen Namen bekommen hat. Die Verhandlungen über Rheinlandraumung konnten überhaupt nicht fortgesetzt werden und die der Regierung nahestehenden Organe erklären jetzt, daß auch für die nächste Zukunft noch kein Zeitpunkt in Aussicht zu nehmen sei, in dem auch nur der deutsche Rechtsstandpunkt den anderen Mächten erneut dargelegt werden könnte!

Am lautesten schimpfen nun diejenigen auf den Außenminister, die am meisten unter allen Deutschen Mißschuld an diesem Stedenbleiben der deutschen Außenpolitik tragen, die Deutschnationalen, also die größte Partei der Reichsregierung. Die deutschnationale „Deutsche Zeitung“, das Organ derer um Freytag-Loringhoven, verlangt, daß Stresemann schleunigst zu versicheren und Deutschland aus dem Völkerbund auszutreten habe. Diese waderen Leute werden allerdings auch weiterhin für die Regierung stimmen, wenn diese ihre beiden Forderungen nicht erfüllt werden, so daß solche Geschrei nicht allzu ernst zu nehmen ist. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Landbund-Organ, das außenpolitisch gegen entsprechende Zoll-Liebesgaben schon manches geschluckt hat, meint bereits weinerlich, es sei wohl diesmal in Genf nicht mehr zu erreichen gewesen, aber dann hätte Stresemann doch den Kompromissen nicht ausdrücklich zustimmen müssen. Die herrliche Taktik der Deutschnationalen beim Versailler Frieden, dessen Annahme zuletzt auch sie für unvermeidlich hielten, aber den anderen überließen, läßt sich offenbar auf dem internationalen Rechtsboden nicht durchführen! Nun, wir sind der Meinung, daß den Deutschnationalen als Regierungspartei auch im Reichstag nicht mehr von anderen das abgenommen werden darf, was sie selber mit Westarp-Reden an die Elässer und verstoßenen Winken von Hoeßlich mit deutsch-russischem Bündnis gegen den Westen am meisten verschulden. Die Zeiten sind jedenfalls vorüber, in denen die Sozialdemokratie in der Außenpolitik als Ketterin einspringt, während sie in der inneren Reichspolitik durch den Bürgerblock in die Opposition gedrängt ist. Die Deutschnationalen mögen nur weiter schimpfen. Im Reichstag werden sie die von ihnen eingebrachte Suppe selbst mit auslöffeln müssen. Wir sehen keine Veranlassung, ihnen dieses Geschäft abzunehmen! Mag es in der Bürgerblock-Koalition zurzeit wegen Finanzgleich und Sozialpolitik auch sonst noch einige Schwierigkeiten geben, die dadurch vermehrt werden — das ist nicht unsere Sache!

Die einzigen positiven Ergebnisse, die Stresemann aus Genf mitbringt, sind die Abmachungen mit dem polnischen Außenminister Jalecki über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Sie sind aber provisorischer und zunächst nur formaler Art und nur dann von Wert, wenn ihnen nun auch eine Verständigung über den Inhalt des deutsch-polnischen Handelsvertrags folgt. Dagegen werden die Deutschnationalen im Inter-

Stresemann auf der Heimreise.



„Es war sehr schön. Wir haben viele und eingehende Besprechungen gehabt. Aber wissen möcht' ich doch, was als Ergebnis der Besprechungen herausspringen wird!“

esse der Agrarier sicher wieder Sturm laufen, ohne Rücksicht auf die schwere Schädigung von Handel, Industrie, Arbeitsmarkt und Verbraucher besonders im deutschen Osten durch den fortdauernden Zollkrieg. Wird Stresemann es vermeiden, die deutschnationale Billigung von Genf durch neue Verschleppung der Verhandlungen mit Warschau zu erkaufen? Er würde mit solcher Verschleppung seinen letzten und einzigen Erfolg von Genf preisgeben und die Unmöglichkeit fruchtbarer Außenpolitik eines deutschen Bürgerblocks endgültig beweisen. Von dem Echo, das ihn dann begrüßen würde, wäre auch dieser Optimist dann vielleicht noch weniger entzückt als von seinem Empfang bei der Heimkehr aus Genf. — m.

Die englische Arbeiterpartei gegen das Weitrüsten.

London, 15. März. (Eigener Funkenbericht.) Im Unterhaus bezeichnete der Abg. Ammon von der Arbeiterpartei die Maßnahmen der Regierung zur Flottenaufrüstung als ungenügend. Gerade gegenwärtig sei für England der Zeitpunkt gekommen, um allen anderen Nationen mit der Verminderung der Flottenausgaben voranzugehen. Der Neubau von 20 Schiffen, der für dieses Jahr geplant sei, müsse eingestellt werden, bis das Ergebnis der Abrüstungskonferenz zur See bekannt sei. Die Angruppierung der englischen Flotte in den Gewässern des Ostens bezeichnete Ammon als eine Gefahr für den Weltfrieden. Auch der Liberale Runciman warnte vor einem „neuen Ausbruch“ des Flottenbaus.

Paris, 15. März. (Eigener Funkenbericht.) Der französischen Regierung wurde im Laufe des Montags eine neue Note der Vereinigten Staaten überreicht, in der auch Frankreich wieder zu der vom Präsidenten Coolidge geplanten Abrüstungskonferenz zur See eingeladen wird. Trotz dieser neuen Einladung wird Frankreich voraussichtlich seine ablehnende Haltung nicht ändern, sondern sich bei der Konferenz höchstens durch einen Beobachter vertreten lassen.

Jürgens freigesprochen!

Die Frau erhält fünf Monate. Im Jürgens-Prozess wurde in den späten Abendstunden des Montag folgendes Urteil gefällt: Frau Jürgens wurde wegen Falschheits zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Das Urteil gegen Landgerichtsdirektor Dr. Jürgens lautete auf Freispruch. Die Verhandlung des letzten Tages fand unter ungeheurem Andrang der Öffentlichkeit statt, so daß es bei Öffnung des Sitzungssaales um 1 Uhr nachmittags zunächst zu wüsten Tumulten kam. Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bombe, die Erklärung ab, daß er den Angeklagten Dr. Jürgens nicht näher kenne und nie in nähere Beziehungen zu ihm getreten sei. Oberstaatsanwalt Jordan schloß seine Erwiderung auf die Ausführungen der Verteidiger damit, daß er seine Strafanträge in vollem Umfange aufrecht erhalte. Demgegenüber plädierte die Verteidigung nochmals auf Freispruch und auf Entschädigung des Ehepaares für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Nach kurzen Schlussworten der beiden Angeklagten, die die Untersuchung gegen sie als eine Verkettung von Fehlern hinzustellen versuchten, zog sich das Gericht zur Urteilsfindung zurück.

Das Berliner Gericht hatte hier einen Berufsrichter zu richten. Es hat ihm weitgehend Glauben geschenkt, zum Teil auf Kosten seiner mitangeklagten Frau, von deren zweifelhaften Kreditbetrieblereien Landgerichtsdirektor Jürgens in keinem einzigen Falle eine Ahnung gehabt haben soll. Das Gericht hat Jürgens auch geglaubt, daß in einem Falle des Verschwindens gewisser Dinge ein unbekannter Dritter dagewesen sei, welche Annahme bekanntlich sonst nicht gerne von den Gerichten anerkannt wird. Wer der Beweislast nicht an Ort und Stelle selbst gefolgt ist, wird schwer entscheiden können, ob dieses Urteil gerecht ist. Nur die Kommunisten, deren Parteifreunde Jürgens in einer Anzahl von Fällen durch überharte Urteile getroffen hat, behaupten bestimmt das Gegenteil. Wir möchten uns mit der Frage begnügen, ob ein Arbeiter oder ein sozialdemokratischer Redakteur im gleichen Falle ebenso gut weggekommen wäre. Wenn gegen so jemanden erst einmal Voruntersuchung und Gerichtsverfahren zu einem Justizhausantrag des Staatsanwalts geführt haben, pflegt das kaum vorzukommen! Landgerichtsdirektor Jürgens aber stellte sich ja auch vor Gericht als die verfolgte Justiz selber hin, appellierte also bewußt an die Standessolidarität seiner Kollegen. Er ist nicht erfolglos geblieben. Wie gesagt: wir wissen nicht, wie es im einzelnen mit dem Vorwurf seiner Teilnahme an Kreditbetrieblereien usw. steht. Aber wir wissen, daß der Freispruch eines hohen Berufsrichters in solchem Falle neben den üblichen scharfen Verurteilungen der Angehörigen anderer Klassen zu Vergleichem herausfordern wird, die niemanden in der Ueberzeugung von der Unfehlbarkeit der deutschen Richter bestärken werden. Wird Jürgens jetzt auch selbst wieder richten und seine harten Urteile über andere fortsetzen dürfen? In den Augen vieler Kreise würde das einen seltsamen Eindruck machen, denn deutsche Gerichtsurteile entscheiden heute im deutschen Volke nicht immer mehr, was wirklich recht war.

Welche Kanäle werden gebaut?

Verkehrsausschuss und Haushaltsausschuss des Reichstages hielten am Montag vormittag eine gemeinsame Sitzung zur Beratung der Kanalprobleme ab. Der Vertreter der Regierung bezeichnete als Regierungsvorhaben folgende Pläne: Mittellandkanal, Rhein-Main-Donau-Verbindung, Redzkanalisierung, IJle-Blauer-Kanal, Verbesserungen am Hohenoller- und Oder-Spreelkanal, die Kanäle Wesel-Datteln und Hamm-Tippstadt, ferner den Rüstkanal und die Bauten an der Oder mit der Ottmachau-Falsperre. Allen an der Oder mit der Ottmachau-Falsperre. Allen Wünschen habe keineswegs entsprochen werden können. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms konnten beim Mittel-landkanal Bauten in Höhe von 368 Millionen Mark ausgeführt werden, von denen 242 Millionen das Reich aufzubringen hat. Neu hinzugekommen sei die Kanalifizierung der West- von Minden bis Bremen und die Umkanalisierung des Intern- mäins bis Frankfurt. Diese neuen Forderungen umfaßten etwa über 300 Millionen, auf zehn Jahre verteilt. An neuen Plänen seien vorhanden: 1. der Rügen-Rhein-Kanal, 2. der Sanik-Kanal, 3. Der Rönisch-Kanal und 4. die Moselkanalisierung und der Saar-Isal-Kanal.

Klara Zetkin, die bekannte deutsche kommunistische Abgeordnete, soll nach Meldungen aus Leningrad dort schwer erkrankt sein.

Abrechnung mit der bürgerlichen Wirtschaftspolitik

Tom Senders Kritik am Reichswirtschaftsminister.

Die gestrige Reichstags-Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Niecher eröffnet. — Die deutsch-polnischen Grenzabkommen sowie der Geleitzertwurf zum Beitritt des Reiches zum internationalen Abkommen über den Schutz von Werken der Literatur und Kunst werden ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen. Darauf wird die zweite Beratung des Reichshaushalts bei dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

gibt einen Überblick über die Tätigkeit seines Ministeriums. An neuen Aufgaben für 1927 nennt er die Reichswohnungsplanung, die Erhebung von Haushalts-Rechnungen zum Aufschluß über die Lebenshaltung der Bevölkerung, die Produktions- und Lohnstatistik. Zur Verwirklichung der Handelsstatistik, insbesondere der Einführung eines Anmeldeformulars für die Wareneinfuhr wird demnächst der Reichstag eine Vorlage zugehen. Der Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen habe gelegentlich des Besuchs des Vorsitzenden der englischen Enquete Sir Arthur Ballour gezeigt, wie tief er in Einzelheiten eindringt und die Probleme richtig stellt. Die treibhausartige Entwicklung der Berufsorganisationen nach dem Zusammenbruch habe einem Besatzungsstatus Platz gemacht. Die Zusammenarbeit mit den Behörden erlaube sich auch auf wirtschaftspolitische Aufgaben. Trotzdem könne man ein Zentralorgan, den Reichswirtschaftsrat, nicht entbehren.

In der Rationalisierung sei nur die erste Etappe erreicht. Die Verwirklichung der Technik stehe noch bevor. Sobald der Plan eines Großspannungsgesetzes fertiggestellt sei, dürfe keine Durchführung nicht durch Schwierigkeiten bei der Verteilung des Energieumsatzes gestört werden. Endziel der ganzen Rationalisierung müsse die Wiederaufnahme aller brauchbaren Arbeitskräfte und die Hebung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung sein.

Man müsse ferner ernst überlegen, ob und welche Maßnahmen zur Verbesserung des Geld- und Kreditwesens ergriffen werden könnten. Bei den Besprechungen zwischen Dr. Schacht und dem Reichskabinett sei auch von den Rückwirkungen der Rede gewesen, die von den Bewegungen des Geld- und Kreditmarktes auf die Zahlungen der Reparationsleistungen ausgingen. Die bisherige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, die im wesentlichen darauf hinausläufe, Annuitäten durch Aufnahme neuer Schulden zu schaffen, führe zu Substanzverlusten und sei daher alles andere als eine ordnungsmäßige Erfüllung des Dawes-Planes.

Abg. Frau Sender (Soz.)

stellt fest, daß der Minister zwar alle möglichen Einzelheiten aufgeführt, aber keine Auskunft darüber gegeben habe, durch welche Maßnahmen die Regierung die Krise überwinden will. In Deutschland ist der wirkliche Zustand der Wirtschaft durch die Inflation lange verhehelt worden. Die fortschreitende Senkung des Reallohnes ermöglichte die Konkurrenz auf dem Weltmarkt; zugunsten der Großindustrie und der Spekulation wurden die kleinen Später und der Mittelstand enteignet, zugleich aber der Ausbau des Produktionsapparates vernachlässigt. Erst die Stabilisierung der Währung entschiede die wahre Sachlage.

Wenn wir einen Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1926 werfen, so sehen wir, wie in der ersten Hälfte die schwerste Krise auf allen Gebieten herrschte. Die zweite Hälfte bringt eine Erleichterung durch den englischen Bergarbeiterstreik, die aber auch zugleich die Folge des Vereinigungsprozesses in der Wirtschaft ist. Mittlere und kleinere Unternehmungen werden in großer Zahl aufgegeben, nicht zuletzt infolge der Beleihungspolitik der Reichsbank, bei der die Großunternehmungen vor den kleinen begünstigt worden sind. Dieselben Kreise, die sozial von der Rettung des Mittelstandes reden, haben diese Entwicklung gefördert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Großindustrie laugt die kleineren Betriebe auf. Aus den von der Regierung vorgelegten Denkschrift ergibt sich ja, daß 65 Prozent des gesamten deutschen Aktienkapitals in Konzernen oder ähnlichen Gebilden vereinigt sind. Die Opfer dieser Zusammenballung des Kapitals sind der Mittelstand, sind die Arbeiter und Angestellten. Nun müsse das Ziel jeder vernünftigen Wirtschaftsführung sein, die volle Verwertung aller Arbeitskräfte und damit das Höchstmaß an Wohlstand zu erreichen. Die Wirtschaft umfasse ja nicht nur Unternehmer, ihren wesentlichen Teil bilden die Arbeitskräfte, die Produzenten aller Art, die Handwerker, Arbeiter und Angestellten.

Waher nehmen die Unternehmer überhaupt die Berechtigung her, sich als „Wirtschaftsführer“ aufzuspielen? Wir brauchen nur nur einen Rückblick auf die vergangenen Jahre zu werfen, um zu sehen, wie oft sie sich bei der Beurteilung der Lage getäuscht haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Stinnes redete in Spaan davon, daß wir in der Kohlenfrage infolge der Gebietsverluste unter einem dauernden Siechtum zu leiden haben würden. Bald darauf kam wirklich eine Kohlenkrise, aber keine Krise des

Mangels, sondern eine Krise des Ueberflusses. In den Jahren 1921/22 wurde von den „Wirtschaftsführern“ gesagt, daß ohne eine erdbüttliche Regelung der Reparationsfrage, ohne Befestigung des Defizits in der Handelsbilanz und ohne die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt die Stabilisierung der Krise nicht möglich sei. Ende 1923 war keine dieser drei Voraussetzungen erfüllt und die Stabilisierung ist trotzdem durchgeführt worden. Es wurde weiter gesagt, das deutsche Volk müsse länger arbeiten und weniger verbrauchen. Die Unternehmer haben eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen durchgeführt. Was ist die Folge? Heute feiern Millionen, weil sie keine Arbeit finden können, die Gesamtwirtschaft befindet sich in einer schweren Krise und nur die Industrie, das Kapital befindet sich im Aufblühen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Nun sind ja durch die Rationalisierung wesentliche Erfolge erzielt worden. Die Mechanisierung des Bergbaues wurde gewaltig entwickelt und dadurch ist eine erhebliche Produktionssteigerung erreicht worden. Im Ruhrgebiet stieg der Förderanteil pro Mann und Schicht von 934 Tonnen im Jahre 1918 auf 1145 Tonnen im Jahre 1926. (Hört! hört!) Die Gesamtproduktion im Bergbau ist erheblich gestiegen, trotzdem die Belegschaft um 30 000 Mann niedriger ist als 1913. Der dadurch erzielten bedeutenden Senkung der Produktionskosten ist aber keine Senkung der Kohlenpreise gefolgt. Noch deutlicher sehen wir den gleichen Vorgang in der Eisen- und Stahlindustrie. Trotzdem die in Betrieb befindlichen Hochofen von September 1925 bis August 1926 von 96 auf 84, also um 12,5 Prozent zurückgegangen sind, konnte die Gesamtzeugung von 795 000 auf 850 000 Tonnen, also um 16 Prozent gesteigert werden. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ging von 21 000 auf 17 000, also um 19 Prozent zurück, aber die Tagesleistung des einzelnen Arbeiters stieg von 1,17 Tonnen auf 1,80 Tonnen. (Hört! hört!) Die Hochofenleistung in Deutschland hat sich gegen 1913 mehr als verdoppelt, sie ist höher als in irgendeinem anderen europäischen Lande. Trotz der dadurch erzielten erheblichen Senkung der Kosten sehen wir ein Anziehen der Preise. Die Rationalisierung hat sich also bisher nur für die Unternehmer ausgewirkt. Auch wir wollen die Rationalisierung, aber wir verlangen, daß sie sich auf die gesamte Wirtschaft auswirkt. Jede Rationalisierung ist sinnlos, wenn sie nicht eine Senkung der Warenpreise folgt. Bleibt der Nominallohn unverändert, so muß durch Senkung der Preise erhöhte Kaufkraft für Konsumgüter hervorgerufen werden, so daß die Gesamtkaufkraft des Volkes mehr wächst als die Verringerung der Kaufkraft bei den durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeitern. Erst die Erhöhung der Gesamtkaufkraft führt zu verstärkter Nachfrage, zwingt zur Mehrinstellung von Arbeitern, sie belebt nicht nur die Konsumindustrien, sondern auch die Produktionsmittelindustrien.

Am deutlichsten zeigt sich der Sieg der Interessenten in der Handelspolitik. Wirtschaftsministerium und Auswärtiges Amt stehen beim Abschluß von Handelsverträgen ganz unter dem Druck der kartellen Wirtschaftsvorstände. Die Verhandlungen mit Frankreich sind über das europäische Eisenkarstell geführt worden, für wesentliche Teile der Verhandlungen mit Japan bildeten die privaten Vereinbarungen der chemischen Industrie die Grundlage. Die Handelspolitik der Regierung läßt jede Führung vermissen, es wird stets denjenigen Kräften nachgegeben, die es verstehen, ihre starke Wirtschaftsmacht in politischen Druck umzusetzen. Die Ziele, die ursprünglich zum Schutze der Industrie geschaffen worden sind, dienen heute zum größten Teile der Festigung der Vorherrschaft der Kartelle. Entgegen den Warnungen der Wissenschaftler sind zum Schutze der getreidebauenden Großgärtner auch die Getreidezölle wesentlich erhöht worden. Die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, wo sie noch vorhanden sind, können nicht durch Zölle beseitigt werden, sondern nur durch Verbesserung der Böden und der Produktionsmethoden, durch die der Ertrag bedeutend gesteigert werden kann. Auch jetzt noch sollen die erhöhten Roggenzölle aufrechterhalten bleiben, obwohl die Versorgung der letzten vier Monate dieses Wirtschaftsjahres durch Einfuhr vom Auslande gesichert werden muß, weil die inländische Ernte schon vollständig ausverkauft ist. Nach der Schaffung des Zolltarifs mußte der von der Regierung angekündigte Kampf gegen das Kartellwesen ein Kampf gegen Windmühlen bleiben. Wir können diesen Kampf nur führen, wenn in die deutsche Wirtschaft ein frischer Luftzug durch den Abbau der Zollmauern hineinbläst, der den Wettbewerb mit der Kartellwirtschaft ermöglicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie wenig ernst es der Regierung mit dem Kampfe gegen die Kartelle ist, zeigt die Tatsache, daß das Reichswirtschaftsministerium die ihm gegebenen Vollmachten nicht einmal im Sinne der Preislenkung ausgenutzt hat, wie das besonders deutlich das Beispiel der Kali-Industrie zeigt, wo trotz verbesserter Lage die Preise wesentlich erhöht worden sind.

Während die Regierung auf jede Einwirkung auf die private Wirtschaftsführung verzichtet, hat sie den Zugang zu den öffent-

lichen Mitteln denjenigen Großinteressenten freigemacht, die in der Krise in Schwierigkeiten geraten waren. In Form von billigeren Krediten oder von Garantien sind 700 Millionen Mark an Subventionen der Großindustrie zugeführt worden. Wie leichtfertig dabei vorgegangen wird, beweist der Fall Krupp, wo erst 20 Millionen verlangt wurden; nachdem diese Subvention geleistet war, leitete der Geschäftsbericht der Firma mit, daß sie auf die Subvention verzichtet konnte, weil sich die Geschäftslage gebessert habe. Bezeichnend ist jetzt das zur Diskussion stehende Subventionsgesetz der Rüstindustrie, hinter dem in der Hauptsache die Ufa steht. Es wird mit dem Verlaufe des Unternehmens an Amerikaner gedrückt; bezeichnend ist aber, daß die Bankrolle es abliehen, den nationalen Interessen ohne Reichshilfe Rechnung zu tragen. Wie wird die Begründung der Subventionierung der Wola ge sein, bei der weder eine Förderung des Exports, noch eine Mehrbeschäftigung von Arbeitern in Deutschland in Frage kommt, sondern hauptsächlich die Sozialverwertung im Innern von Ruhland?

Ueberblicken wir das Gesamtbild der deutschen Wirtschaftspolitik, so kommen wir zu dem Ergebnis: nur die Arbeiterklasse ist imstande, das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft zu wahren; um bezwinnen wird sie kämpfen für eine produktive Sozialpolitik durch Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Kaufkraft, für einen Abbau der Zollmauern, für die Steigerung des Exports, und für die Herstellung des europäischen Gleichgewichts, also für eine Steigerung der Massenwohlfaht gegen die Selbstsucht der Kapitalbesitzer. Wir fordern den planmäßigen Aufbau einer Wirtschaft, die sich auf der Grundlage der Solidarität aller arbeitenden Menschen aufbaut, und alle, die den Mut zum Schöpferischen haben, werden mit uns gemeinsam um die Erfüllung dieser Forderungen kämpfen! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Reichert (Dnt.) wendet sich gegen die Uebernahme wirtschaftlicher Betriebe durch die öffentliche Hand, weil die Betriebe dann unrentabel würden und sie außerdem, von Steuern befreit, eine unfaire Konkurrenz für die schwerbelasteten Privatbetriebe würden. Die Sozialdemokratie hat selbst auf Rationalisierung gedrängt, jetzt dürfe sie sich nicht über die Folgen beklagen. Aber die Rationalisierung habe doch auch gute Folgen. Sie habe endlich einmal wieder eine Rente geschaffen und Bebel habe ja selbst einmal gesagt: „Ohne Profit raucht kein Schornstein!“ (1) Außerdem habe die Rationalisierung den Export wieder ermöglicht und dadurch Geld und Rohstoffe ins Land gebracht.

Abg. Schlad (Ztr.) glaubt aus verschiedenen Erwägungen zu erkennen, daß es mit unserer Wirtschaft vorwärts gehe. Aber der Wiederaufbau sei noch lange nicht gesichert. Wenn wir die Dameslast für uns verwenden könnten, würden wir 600 000 Menschen mehr beschäftigen können. Die Erfüllung des Dawesplanes sei überhaupt nur durch Steigerung der Ausfuhr möglich. Deshalb müsse der Völkerverbund dafür sorgen, daß die Zölle international abgebaut werden. Deutschland solle auf diesem Wege vorangehen.

Abg. Albrecht (Dp.) führt aus, daß bei der Stabilisierung der Währung das Industriekapital zwar seine Schwere behalten hätte, das Finanzkapital habe sich aber erst später erholen können, vornehmlich durch die Vermittlung der ausländischen Anleihen an die deutsche Wirtschaft. Bisher seien noch längst nicht alle Industriezweige von der Rationalisierung erfasst. Wenn die Rationalisierung vorübergehe, auch die Arbeitslosigkeit verschärft, so sei sie doch das einzige Mittel, um durch wettbewerbsfähige Preise größere Märkte zu erschließen, die Produktion zu erweitern und auf diese Weise die Einstellung neuer Arbeitskräfte zu ermöglichen.

Abg. Koenen (Komm.) weist auf die Zusammenballung des Kapitals in Deutschland hin. Die Industrie habe ihre Gewinne zu erhöhen vermocht, während die Reallohne der Arbeiter zurückgegangen seien.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) kritisiert die Außenhandelspolitik des Ministers Curtius, der es bisher nicht gelungen sei, die europäischen Zollmauern abzubauen und im Innern der „kartellen Sozialisierung“ entgegenzuwirken. Er verlangte von der Regierung Auskunft über den Zeitpunkt für die Durchführung des neuen Zolltarifs und unterstützte den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Roggenzölle.

Nachdem noch die Abgg. Rauch (Bapt. Opt.) und Drems (Wirtsch.) gesprochen hatten, vertagte sich das Haus am Dienstag nachmittags.

Genosse Löbe

wird am Mittwoch die Klinik verlassen und in seine Wohnung zurückkehren. Sein Befinden ist nach wie vor gut. Er wird aber zur völligen Genesung einen längeren Erholungsurlaub nehmen müssen.

Berufung

gegen das Kölling-Diziplinar-Urteil.

Auf Veranlassung des Preussischen Justizministers hat der Generalsstaatsanwalt von Magdeburg gegen das Urteil des Naumburger Disziplinargerichts im Falle Kölling und Hoffmann Berufung eingelegt.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.

Autentisierte Uebersetzung von Kathilde Wertheimer.

50]

Wilson erklärte den Zweck seines Besuchs und betonte, daß M. Culpepper ihn so freundlich unterrichtet habe. Mrs. Culpepper schien jaft geneigt zu fragen, weshalb er auch sie benötige, da er keine Auskünfte doch schon erlangt habe. Aber schließlich fand sie sich bereit — etwas ungnädig zwar — die Auslagen vor zu bezahlen. Pasquett sei schon einige Tage vor dem 17. hier in Paris gewesen. Er habe die Nacht vom 17. auf den 18. hier in der Villa geschlafen und sei am 18. gegen Abend mit Nora in deren Auto nach Paris gefahren.

Wilson legte mit der Empfindung nach London zurück, daß Pasquetts Unschuld, sowie er erwartet hatte, nur außer Zweifel stiehe. Die Fahndung nach Rosenbaum mußte daher mit neuer Energie aufgenommen werden. Vielleicht hatte ihn Pasquett unterdessen ausspioniert gemacht.

Zwanzigstes Kapitel.

In welchem eine Zwanzigste rasche Fortschritte macht. Oberinspizier Wilson nach von seiner Frau getötet werden muß.

Arthur Wharton festigte in wenigen, seiner Rückkehr nach London folgenden Tagen, seine Freundschaft mit John Pasquett aus neue. Pasquett kannte England kaum und Arthur mußte daher den Führer spielen. Pasquett zeigte jedoch wenig Neigung, sich zu amüsieren, und zog es vor, mit Arthur allein zu plaudern. Arthur mußte, daß sein Freund — denn so nannte er bereits Pasquett — damit beschäftigt war, den Fall aufzuklären und er verzichtete daher ein oder das andere Mal, mit ihm den Zeitverlust vor Hugh Koblerts Ermordung durchzusprechen. Aber er mußte schließlich, daß Pasquett, der zum Beispiel vor Wilson oder Lord Galling für nichts anderes Interesse zeigte, als den Mord, mit ihm nur widerwillig von der Affäre sprach. „Nein, Arthur“, sagte er (sie waren bereits einander verheiratet), „sprich nicht zu mir von dieser schrecklichen Geschichte. Mit dir will ich mich über andere Dinge unterhalten. Dies hilft mir etwas darüber hinweg.“ Daher plauderten sie über alles — über alles zwischen Himmel und Erde — nur nicht über den Fall Koblert.

Dies währte ja lange, bis Pasquett eines Tages zur Besprechung einer Fahrt, die er von einem „Genossen“ in der

Kingstreet bekommen haben wollte, nach Glasgow fuhr. Seiner Meinung nach sollte sich dieser mysteriöse Rosenbaum dort aufhalten oder kürzlich dort aufgehalten haben. Arthur vermied ihn sehr, als er abgereist war. Lord Galling, der alles unternahm, um die Freundschaft seines Kessens mit John Pasquett zu fördern, lachte ihn aus, weil er den Kopf hängen ließ wie ein Mädchen, das ihren Schatz verloren hat. Arthur gestand erwidert, daß er tatsächlich ähnliche Gefühle empfinde. „Um so besser, mein Junge“, sagte Lord Galling. „Ich hoffe nur das eine, daß John Pasquett genau so denkt.“

Es zerrann Zeit. Eine Woche war vergangen, seit Pasquett Detektiv geworden war, und abgesehen von der Tatsache, daß er nach Glasgow gefahren, im Central Hotel wohnte, um, wie er die Polizei wissen ließ, einer schwachen Fahrt zu folgen, war praktisch genommen, ein Stillstand eingetreten. Weitere Auftrufe waren erlassen worden, die jedem, der über Rosenbaums Verbleib, seit er Charing Cross Station verlassen, Aufschluß geben oder einen Anhaltspunkt zu seiner Ergreifung verschaffen könne, hohe Belohnung versprochen. Es meldeten sich darauhin lediglich eine Anzahl Personen, deren Aussagen sich als gänzlich unbrauchbar und unzuverlässig erwiesen. Die Polizei hatte schon die Hoffnung auf weitere Arbeitspunkte aufgegeben, als sich schließlich zwei Männer meldeten, die angaben, sie hätten Rosenbaum — oder zumindest einen Menschen gleichen Aussehens — vor dem Haus Grosvenor Walk 99, Chelsea, aus einem Taxi steigen und mit Hilfe des Chauffeurs einen schweren Koffer, auf den die Beschreibung paßte, ins Haus schaffen sehen. Die Polizei barockte hierauf das Haus, das zwar eingezäunt war, aber leer stand, und fand am hinteren Speisezimmerstiege Spuren, die darauf hindeuteten, daß ein Koffer herein- oder herausgeschleift worden sei. Sonst aber konnte Blauke nichts entdecken; außerdem konnte niemand aufgetrieben werden, der Rosenbaum das Haus verlassen oder den Koffer fortgeschaffen gesehen hatte. Eine am Haus angebrachte Affiche kündigte an, daß es für mehrere Monate möbliert zu vermieten sei. Nachfragen in der Wohnungsgenossenschaft ergaben eine überraschende Tatsache. Am Nachmittag vor seiner Ermordung hatte Hugh Koblert seinen unter dem Namen Kensington und unter Berufung auf Lord Galling dort die Schlüssel ausgeborgt, um, wie er sagte, am nächsten Morgen das Haus zu besichtigen. Er benötigte ein möbliertes Haus für vorübergehenden Aufenthalt in London. Die Schlüssel waren tags darauf mit der Post zurückgestellt worden und Mr. Kensington hatte nichts mehr von sich hören lassen. Der Agent mußte zugeben, daß er eigentlich die Polizei hätte davon

verhindern sollen, aber er habe der Sache keine Bedeutung zugemessen. Keineswegs habe er sie mit Rosenbaum oder dem Mord in Zusammenhang gebracht.

Soweit schien die Sache klar zu liegen. Koblert mußte von der Ansicht, das Haus zu besichtigen, seinem Sekretär Mitteilung gemacht haben. Rosenbaum war dann auf den Einfall gekommen, seine belastende Bürde im leeren Gebäude zu verstauen. Aber was hatte er dann damit gemacht? Höchstwahrscheinlich hatte er den Vorteil, allein zu sein, ausgenützt, um sich zu verkleiden und dann das Haus in anderer Gestalt zu verlassen. Der Koffer konnte jedoch nirgends im Hause gefunden werden; er mußte daher weggeschafft worden sein. Aber wie? Nunmehr galt es, den Koffer und nicht Rosenbaums Personalbeschreibung als Erkennungsmerkmal zu benutzen. Aber alle Nachforschungen schlugen fehl. Niemand hatte einen Mann mit Koffer oder einen Mann ohne Koffer das Haus verlassen sehen. Im Hause fand sich dann tatsächlich ein rückwärtiger Ausgang, der auf ein wenig abgesehenes Gäßchen mündete und Rosenbaum selbst konnte auf diese Art ganz leicht unbemerkt hinausgeschlichen sein. Aber es konnte ihm kaum möglich gewesen sein, den Koffer mitzunehmen; dies war viel zu schwer, um eine Straße ohne Fahrzeug geschleppt zu werden, und das Gäßchen war für Fahrzeuge gesperrt. Selbst wenn er einen Komplizen besaß, würde es höchst gefährlich gewesen sein, den Koffer öffentlich den Fußweg entlang geschleppt zu haben. Er mußte daher das Haus durch den Haupteingang verlassen haben, aber unglücklicherweise konnte die Polizei hierfür keine Bestätigung finden. Diese Ansicht vertrat Blauke und Wilson mußte ihm ihre Wahrscheinlichkeit abgeben.

Wilson war jedoch nicht zufrieden gestellt. Er entschloß sich selbst nachschau zu halten. Das ganze Haus hatte die Polizei bereits vom Dachboden bis zum Keller nach dem Koffer durchsucht. Aber immerhin bestand noch die Möglichkeit, daß sie ihn übersehen haben konnte. Ein sonderbarer Zufall befruchtete Wilson in seinem Verstand, daß der Koffer mit seinem kühnen Inhalt noch im Hause verborgen sein müsse. Eine Möbelaufbewahrungsfirma — Holts' in King's Cross Road — meldete sich bei ihm und teilte mit, daß sie am Vortage des Verbrechens einen möbliertgebrachten, „John Smith“ bezeichneten Brief erhalten habe mit dem Ersuchen, nächsten Morgen um 10 Uhr am Grosvenor Walk 99 vorzufahren, um ein Gepäckstück zwecks Einlagerung abzuholen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Parteitag in Kiel.

Der Parteivorstand beruft hiermit den diesjährigen Parteitag zum 22. Mai und folgende Tage nach Kiel, Gewerkschaftshaus, Legienstraße 22, ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgelegt:

1. Bericht des Parteivorstandes.
 - a) Allgemeines. Berichterstatter Otto Weis.
 - b) Agitation, Organisation und Kasse. Berichterstatter Fr. Bartels und R. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter Friedrich Brühne.
3. Das Agrarprogramm. Berichterstatter Dr. Baade und Regierungspräsident Krüger-Lüneburg.
4. Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Berichterstatter Robert Schmidt.
5. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. Referent: Dr. Silberding.
6. Bericht über die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berichterstatter Artur Crispian.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Dries, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Im Anschluß an den Parteitag findet in Kiel eine Frauenkonferenz statt. Als vorläufige Tagesordnung ist festgelegt:

1. Jahresbericht. Berichterstatterin Marie Zuchacz.
2. Wohnungsnot und Wohnungsreform. Referentin: Dr. Herta Krauß-Cöln.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.

An der Frauenkonferenz sind zur Teilnahme berechtigt: Ein bis zwei Delegierte aus jedem Bezirksverband, die weiblichen Delegierten des Parteitag, die weiblichen Mitglieder der Reichstagsfraktion und je ein weibliches Mitglied der Landtagsfraktionen, ferner Genossen, die von den Bezirksleitungen mit Mandaten zur Konferenz versehen sind.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitag werden nur behandelt, wenn sie von Parteiorganisationen gestellt und spätestens bis zum 20. April bei dem Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13, Absatz 2, spätestens am 24. April im „Vorwärts“ veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier, einseitig beschrieben, und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Otto Eggerstedt, Kiel, Legienstraße 22.

Gastkarten für den Parteitag werden von dem Lokalkomitee in Kiel ausgegeben. Zutrittskarten für die Berichterstatter der Presse nur vom Parteivorstand, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Der neue Finanzausgleich zu Gunsten Bayerns.

Wie wenig das Kompromiß der Regierungsparteien zum Finanzausgleich in den eigenen Reihen befreit, zeigt das Urteil der „Kölnischen Zeitung“, des Hauptorgans der Deutschen Volkspartei. Das Blatt bezeichnet die Anträge der Regierungsparteien als ein faules Kompromiß, das einen Sieg der bürgerlichen Auffassung darstellt. Die Bestätigung für diese Anschauung wurde in der Sitzung des Ausschusses des Reichstages am Montag geliefert. Sowohl von Sachsen als auch von Hamburg und von Preußen wurden gegen das Kompromiß der Regierungsparteien grundsätzliche Bedenken erhoben. Der sächsische Vertreter stellte fest, daß damit der Grundstock der bisherigen Finanzausgleichsregelung verlegt werde, wonach jedes Land Dreiteil des Aufkommens an der Einkommensteuer erhalten. Die neue Vorlage sei ungesetzlich der erste Schritt zur Einführung eines Lastenausgleichs unter den Ländern zu Lasten der schwachen Länder. Man nehme den Ländern den Rest ihrer Selbstständigkeit und brücke sie auf das Niveau der Gemeinden herab. Der preussische Finanzminister Höpfer-Ashoff anerkannte diese grundsätzlichen Bedenken Sachens und behielt sich eine spezielle Stellungnahme Preußens zu einem späteren Zeitpunkt vor. Gegen die Befestigung der gemeinsamen Getränkesteuern äußerte er sehr schwere Bedenken.

Den Standpunkt der sozialdemokratischen Opposition vertrat Abg. Dr. Herz. Er bezeichnete die neuen Vorläge der Regierungsparteien als ein Kompromiß rein parteipolitischen Art. Sachliche Gründe seien zu seiner Rechtfertigung nicht anzuführen. Es sei ein glatter Sieg Bayerns, das jetzt endgültig den Beweis geliefert hat, daß ihm seine Eigenständigkeit gegen finanzielle Zugeständnisse ist. Der rückständige Partikularismus Bayerns, der sich jeder wirksamen Reform seiner Verwaltung, der Herabdrückung seiner Ausgaben und der Begünstigung Bayerns gehe einher die Begünstigung aller Staaten mit agrarischem Charakter auf Kosten der industriellen und großstädtischen Bevölkerung. Das sei um so ungerechter, als diese Gebiete die notleidendste Bevölkerung haben, die ohnedies am stärksten belastet ist. Die Vorläge der Regierungsparteien belasteten auch den Reichsetat so stark, daß die Gefahr eines Defizits bzw. die Drosselung der sozialen Ausgaben und die Nichterhebung der Zuckersteuer droht. Daher sei auch die Befestigung der Getränkesteuern, die den Verbrauchern keinerlei Nutzen bringt sachlich ungerechtfertigt. Beistimme man aber die Getränkesteuern, dann müsse man den geschädigten Gemeinden vollen Ersatz für ihren Ausfall gewähren. Im ganzen gesehen, sei die Neuregelung des Finanzausgleichs eine Befestigung für die Gefahren des Besitzbürgerbluts. Die Befestigung werde abgebaut, die Massenbelastung erhöht, die unteren Schichten des Volkes in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigt.

Die weitere Debatte brachte eine Rede des demokratischen Abgeordneten Dr. Fischer. Auch die Demokraten lehnen die Vorläge der Regierungsparteien ab, aber aus ganz anderen Gründen als die Sozialdemokraten. Die Demokraten sind für die Befestigung der Getränkesteuern als eine Ermäßigung der Realsteuern, sie bekämpfen die Verlängerung des Finanzausgleichs auf zwei Jahre und wünschen einen stärkeren Abbau der Realsteuern, insbesondere des Tarifs bei den hohen Einkommensempfängern. Zwischen ihnen und der Deutschen Volkspartei besteht sehr weitgehende Übereinstimmung, wie die Rede des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker-Hessen zeigte. Becker gab zu, es sei nicht alles glücklich, was jetzt von den Regierungsparteien beantragt werde. Er bestätigte auch, daß vor einzelnen Ländern Zugeständnisse „abgepreßt“ worden seien, die man für bedenklich halten müsse. Die Sitzung endete mit einer Motion des Reichstagsamministrator Dr. Köhler gegen den Rechner der Demokraten.

Von besonderer Wichtigkeit in dem bisherigen Verlauf der Debatte ist jedenfalls die Tatsache, daß weder die Regierungsparteien noch die Regierung selbst den Vorwurf zu entkräften suchten, daß die Neuregelung des Finanzausgleichs nicht auf sachlicher Grundlage, sondern entsprechend dem Diktat Bayerns, auf rein parteipolitischer Grundlage erfolge.

Im Fememordprozeß Wilms

traten am Montag nicht weniger als 50 Zeugen auf. Der Vorsitzende ermahnte sie besonders eindringlich zur Wahrheit und erklärte ausdrücklich: „Sie müssen und dürfen alles sagen, es wird Ihnen nichts passieren. Wir werden Sie in jedem Fall zu schützen wissen.“ Einen Zwischenfall, der eine größere Verzögerung nach sich zog, gab es, als der Verteidiger des Angeklagten Fuhrmann, Rechtsanwalt Puppe, mitteilte, daß ihm sein Mandat den Auftrag zur Verteilung entzogen habe. Die übrigen im Prozeß tätigen Anwälte lehnten es ab, das Amt eines Anwalts für Fuhrmann zu übernehmen. Schließlich wurde Rechtsanwalt Hilbrandt die Verteidigung übertragen, so daß die Verhandlung weitergehen konnte.

Als erster Zeuge wurde dann Oberleutnant Held von der Infanterieschule in Dresden vernommen, der seinerzeit Generalstabsoffizier des Wehrkreiskommandos III in Berlin war. Obgleich ihm das Reichswehrministerium, wie er versicherte, volle Auslagerungsbefreiung gegeben habe, erklärte dieser Zeuge, vom Fall Wilms überhaupt nichts zu wissen, außer durch Presseveröffentlichungen. Sein Erinnerungsvermögen ist für einen Generalstabsoffizier verhältnißmäßig gering, zumal gegenüber den Fragen der Verteidigung. Ueber die Stellung des Oberleutnants Schulz bei den Arbeitskommandos befragt, erklärte der Zeuge, Schulz habe keine direkte Befehlsgewalt gehabt. Die Befehle an die Arbeitskommandos seien vom Wehrkreiskommando ausgegangen. Nur in dringenden Fällen habe Schulz selbständig handeln können, dann aber hätte er die nachträgliche Zustimmung des Wehrkreises einholen müssen. Schulz hätte es klar sein müssen, daß er keine Disziplinargewalt besaß; bei strafbaren Handlungen hätten die Leute nur entlassen werden können, denn sie waren Zivilangestellte. Der Zeuge mußte aber zugeben, daß die Angehörigen der Arbeitskommandos, wenigstens soweit sie Offiziere waren, Ausweise der Reichswehr bekamen. Gegenüber zahlreichen Fragen der Verteidiger mußte Oberleutnant Held schließlich einräumen, daß die Angehörigen der Arbeitskommandos sich durchweg als richtige Soldaten fühlten mußten, zumal auf strenge Manneszucht zwischen Offizieren und Mannschaften gehalten worden sei. Den Offizieren sei auch nichts von einem Angestelltenverhältnis zum Wehrkreis verprochen worden. Ein schriftlicher Dienstvertrag zwischen Offizieren und Wehrkreiskommando habe nicht bestanden. Immer wieder bemittelte sich die Verteidiger, den Zeugen zu dem Bekenntnis zu bringen, daß die Angehörigen der Arbeitskommandos regelmäßig Reichswehrdienst leisten, daß sie auch im Waffengebrauch ausgebildet wurden. Schließlich erklärte der Zeuge, Schulz sei lediglich die ausführende Hand des Wehrkreiskommandos gewesen; allerdings hätte bei den Leuten der Eindruck entstehen können, daß er der Macher gewesen sei. Der Angeklagte Stantien erklärte gegenüber dem Zeugen ausdrücklich, er habe sich in dem Verhältnis eines Reserveoffiziers gefühlt und die Aufträge der Vorgesetzten als Befehle aufgeführt; jeder aktive Reichswehrosoldat und Reichswehroffizier habe ihn auch grüßen müssen. Der Vorgesetzte sagte schließlich das Verhältnis der Schwarzen Reichswehr dahin zusammen: Es war wie bei einer freiwilligen Feuerwehr, deren Leiter mit einmal sagte: „Bei uns ist nur der Eintritt freiwillig.“

Nach schwerem innerem Kampf und nachdem er sich vergebens um Ausschluß der Öffentlichkeit bemüht hatte, äußerte sich der Angeklagte Stantien zu dem Fall des Caputher Waffenlagers, wo die Reichswehr offiziell gegen die preussische Polizei auftrat. Die Polizei hatte vergrabene Waffen beschlagnahmt. Stantien erhielt darauf von Oberleutnant Held den offiziellen Befehl, der Polizei diese Waffen wieder abzugeben. Betreffens verurteilte der Zeuge, sich dahin hinauszusetzen, daß die Abholung dieser Waffen im Einvernehmen mit der Polizei erfolgt sei. Es wäre einwandfrei festgestellt, daß Klapproth und seine Leute diese von der Polizei beschlagnahmten Waffen wieder heimlich an sich gebracht haben und zwar im Auftrag der Reichswehrdivision. Oberleutnant Held wollte dafür sogar militärische Kapstrafwagen zur Verfügung stellen, Stantien er aber Zivilkraftwagen vor, die von der aktiven Reichswehr übernommen und von der Kolonne Klapproth zur besonderen Verwendung nach Potsdam gebracht wurden. Unverfroren und unerschrocken plaudert Klapproth in die Zeugenvernehmung: „Ja, das war meine besondere Verwendung. Wir haben der Polizei die Waffen geklaut und geheime Panzerzüge usw. transportiert.“ Trotzdem verläßt den Zeugen Held die Erinnerung. Er weiß nur: „Wir kärten den Bestands und bekamen die Waffen zurück.“

Der Landesgesundheitsrat für schärferen Kampf gegen die Kurpfuscherei.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beriet am 9. und 10. März ein zusammengesetzter Ausschuss des Preussischen Landesgesundheitsrates im Volkswohlfahrtsministerium über die Frage der Kurpfuscherei. Berichterstatter waren Geheimrat His-Berlin, Medizinalrat Kramer-Wilhelmschaven, Oberrechtsanwalt A. D. Ebermayer und Dr. Fieglroth-Krummhöl. Folgende Leitsätze wurden angenommen:

1. die Kurpfuscherei schädigt in höchstem Maße die Volksgesundheit und das Volksvermögen;
2. Pflicht des Staates ist es, die Allgemeinheit gegen solche Schädigung zu schützen;
3. die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gewähren keinen irgendetwas ausreichenden Schutz;
4. erforderlich erscheint eine gesetzliche Bestimmung des Inhalts: Wer, ohne als Arzt approbiert zu sein, außer im Notfall, einen anderen gewerbsmäßig zu heilzwecken behandelt, wird u. a. bestraft. Es wird zu prüfen sein, ob außerhalb der ärztlichen Approbation in besonderen Ausnahmefällen eine Genehmigung zur Heilbehandlung in beschränktem Umfange erteilt werden kann.
6. Die Ausbildung der Ärzte bedarf einer grundlegenden Reform.

Aus dem Reiche.

Pulschitz Ehrhardt gewinnt für sein neues Stahlhelm-Programm ehemalige Sozialisten. Im Sonntag verammelten sich in Coburg die Großen des Stahlhelms. An ihrer Spitze der Bundesführer Seidte, der Pulschitz Ehrhardt und der ehemalige Führer der früheren bairischen Einwohnerwehren, Forstrat Fischer. Bei dem öffentlichen Begrüßungsakt, an dem die städtischen und staatlichen Behörden teilnahmen, wurde besonders der Beitritt des Herzogs von Coburg zum Stahlhelm gefeiert, der, wie erklärt wurde, als erster deutscher Bundesführer sich nunmehr aktiv an der vaterländischen Arbeit beteilige. In seiner Ansprache wies Kapitän Ehrhardt darauf hin, daß gerade vor sieben Jahren sein Versuch, die heutige Staatsform mit Gewalt zu brechen, an der Gleichgültigkeit und Uneinigkeit der nationalen Führer gescheitert sei. Heute sei es unmöglich, noch einmal mit Gewalt den Staat umzuklempeln zu wollen, eine Veränderung könne nur durch intensive Kleinarbeit bewirkt werden. Zur Errichtung des neuen Staates müsse man in den jetzigen Staat hinein.

Eine Befeldigung des Genossen Paul Levi bekräftigt. Das Amtsgericht Berlin-Schöneberg verurteilte am Montag den Hauptkassierer des Nationalen Arbeiterbundes in München, Alfred Rosenberg, wegen Befeldigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Levi zu 300 Mark Geldstrafe und den Kosten. Anlässlich der Verhandlungen des Ausschusses hatte der Angeklagte gegen den Abg. Levi unter anderem den Vorwurf der Spionagefähigkeit im Krieg e (1) erhoben. Das Gericht erklärte in dieser Freisprechung ebenfalls eine Befeldigung und kam zu dem genannten Urteil.

Immer wieder Betrug an den Inflationsgeschädigten!

Von Wilh. Keil.

Sowohl die wiederholte Verchiebung der Aufwertungsdebatte im Rechtsausschuß des Reichstags als auch der Inhalt der Regierungserklärung, die Justizminister Hergt am Donnerstag abgegeben hat, wird in den Kreisen der verarmten Sparer aufs Neue schwere Enttäuschung hervorrufen. Alle Hoffnungen, daß die bei der Durchführung der Aufwertungsgeetze in den letzten 1 1/2 Jahren gesammelten bitteren Erfahrungen den Anstoß geben würden, wenigstens die schlimmsten Härten durch ein Abänderungsgezet zu beseitigen, werden durch die Erklärung des Herrn Hergt zertrümmert. Die Regierung des Bürgerbluts will, das ist das Entscheidende an dieser Erklärung, an den Grundzügen der Aufwertungsgezetgebung nicht rütteln lassen. Sie will der Reichstag in einem Gesetzentwurf, der nächste Woche den Abgeordneten zugehen soll, „einige Vorschläge machen, die, gestützt auf die Erfahrungen bei der praktischen Anwendung des Gesetzes, dazu bestimmt sind, gewisse Zweifelsfragen von erheblicher Tragweite zu klären, sowie allgemein zur Beschleunigung der Abwicklung der Aufwertung beizutragen“.

Schon aus dieser Umschreibung des Inhalts des angekündigten Gesetzentwurfs ergibt sich, wie wenig die Gläubiger von ihm zu erwarten haben. Die wesentlichsten Abänderungsvorschläge, die Hergt einzeln hervorhob, bestätigen diesen Eindruck. Bei Hypotheken, die in der Inflationszeit gelöst wurden, soll die Verzinsung des aufgewerteten Betrages mit einem festen, und zwar zeitlich zurückliegenden Zeitpunkt, beginnen. Es soll also der Zustand beibehalten werden, daß der Beginn der Verzinsung abhängig ist vom Zeitpunkt der Wiedereintragung der Hypothek. Weiter soll dem Gläubiger das Recht gegeben werden, seine aufgewertete Hypothek in eine Grundschuld umwandeln zu lassen, wodurch die Herabsetzung des Aufwertungsatzes auf weniger als 25 Prozent auf Grund der zugunsten des Schuldners wirkenden Härteklausel wegfällt. Diese Änderung soll rückwirkend sein. Dazu sollen eine Reihe formaljuristischer Änderungen kommen.

Das ist alles. Nicht einmal den Vorschlag der Juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetgebungsrage scheint sich die Regierung zu eigen zu machen, daß auch vor dem 15. Juni 1922 vorbehaltlos angenommene Rückzahlungen der Aufwertung wenigstens dann unterliegen sollen, wenn der gezahlte Goldmarkbetrag einen bestimmten Mindestprozentatz der Forderung nicht erreicht. Die vielen großen Ungerechtigkeiten, die sich auf dem Gebiete der Aufwertung von Versicherungsansprüchen, von Industrieobligationen, von Pfandbriefen usw. ergeben haben, bleiben unberührt. Unberührt bleibt ferner die völlige Befreiung der Banken von jeder Aufwertung. An dem bunten Durcheinander der Sparkassenaufwertung, das sich aus den den Ländern übertragenen großen Vollmachten ergeben und in großen Teilen des Reiches die Sparkassengläubiger schwer geschädigt hat, soll nichts geändert werden. Das Anleiheablosungssystem, das die Reichsgläubiger auf Jahrzehnte hinaus dem Lotterieglied ausliefert, soll aufrechterhalten bleiben. Wie die Reichsregierung zur Verbesserung der Aufwertung der Fabrik- und Wertsparkassen beitragen will, darüber hüllte sich Hergt in dunkle Andeutungen.

Für die Gläubiger im Deutschen Reiche wird es von besonderem Interesse sein, daß es gerade Hergt war, der diese Regierungsumgebung vertrat. Als er noch in der Opposition war, wollte er binnen 24 Stunden einen jiz und fertigen Aufwertungsgezetentwurf vorlegen, wenn er in die Regierung käme. Dieser Entwurf sollte seine Wahlversprechungen erfüllen. Nun hat er nach zweimonatlicher Ministerzeit ein Gesetzen vorbereitet, das grenzenloses Erstaunen bei den Sparern hervorrufen wird. Begreiflich genug, daß die Bürgerblutparteien sich scheuen, ihr offenes Bekenntnis zu diesen armseligen Vorschlägen abzulegen, und daher die Auseinanderetzungen immer weiter hinausschieben. Zwischenhinein wird dann die Regierung auch den neuen Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens ablehnen, obgleich das ein ebenso scharfer Vorstoß gegen die Reichsverfassung sein wird wie die Ablehnung des ersten Antrages durch das Kabinett Marx-Rühl-Curtius.

Die Sparer aber mögen sich ihre Gedanken über folgende Tatsachen machen: Bis zum Beginn des Jahres 1925 waren die Deutschnationalen in der Opposition und machten ihre grenzenlosen Aufwertungsversprechungen. Vom Januar bis Oktober 1925 waren sie führende Regierungspartei. In dieser Zeit kam das ungeheuerliche Aufwertungsgezet zustande. Vom Oktober 1925 bis Januar 1927 waren sie wieder in der Opposition. In dieser Zeit erwarteten sie mit allerhand Vorkäufelversprechen den Schein, als ob sie nachträglich Verbesserungen an ihrem Werk vornehmen wollten. Seit zwei Monaten sind sie wieder maßgebende Regierungspartei. Nun enttäuschen sie die Gläubiger und Sparer zum dritten und hoffentlich letzten Male.

Der Staatspräsident von Lettland, Tshakke, ist am Montagabend im Alter von 67 Jahren nach längerem Leiden einer Herzschwäche erlegen. Tshakke, ein alter Kämpfer der Unabhängigkeit Lettlands, wurde im Jahre 1918 zum Vorsitzenden des lettischen Volksrates und dann vom ersten lettischen Reichstag zum Staatspräsidenten gewählt. 1925 erfolgte seine Wiederwahl.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Zigaretten mit echtem Stroh-Mundstück
5-10 Pf.

Persimmon 8 Pf.
weitberühmt

Patent Strohhalm Patent Zigaretten
Anhuri Shu 10 Pf.
L. Przedeki, Breslau II, Berlin W. 8, Passage 45/46

Zigaretten Kork-, Gold-, ohne Mundstück,
3-6 Pf.

Bairam
hervorragende Qualitäten.

Stammhaus gegründet 1860

Stadttheater
Dienstag 8 Uhr
„Der Mikado“
Mittwoch 8 Uhr:
15. Mann-Vorbereitung
Serie B
„Die Regimentstochter“
„Der Zauberer“
Donnerstag 8 Uhr:
„Zurandot“

Schaupielhaus
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Täglich 8 Uhr:
„Adieu“

„Mimi“
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr
In neuer Vorbereitung:
„Die keusche Susanne“

Lobe-Theater
Tel. Rita 6774
Dienstag, Mittwoch 8 Uhr
u. Donnerstag, nachm. 7 1/4 Uhr
„Torquato Tasso“

Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Dienstag, Mittwoch,
abends 8 Uhr:
„Belphegor“

Leichtwie elegante
**Fräulein- u. Knaben-
Anzüge**
Herrn. Mohaupt
Karlstraße 1, 1. Et. u. 1301
früher Albrechtstraße.

**Kinderwagen
Puppenwagen**
Teilsanierung
gestattet.
Sämtliche
Reparaturen
Plauenbeziehen, Verdeckaus-
füllen, schnell und preiswert.
Alle Ersatzteile, Räder und
Gummil, auch für Puppenwagen
Mäcke, Jansenstr. 51
früher Weidenstraße 7.

In ganz Deutschland

nicht allein, sondern auch im Auslande sind unsere
Fabrikate in den feinsten Geschäften zu haben.

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel geben
wir in Breslau und Umgegend auch
an Privatpersonen ab. Wir unter-
halten 5 vornehme Verkaufsstellen,
keine Destillen und ist jede
Belästigung ausgeschlossen.

Wir bieten an:
Breslauer 35% ... p. Ltr. 2.10
Weinbrand-Verschnitt 38% 2.80
Weinbrand** aus 3.50
Weinbrand*** franz. 4.00
Weinbrand**** Weinen 5.00
Weinbrand***** p. Flasche 6.00
Jamaika-Rum-Verschnitt
per Liter 5.00, 4.00, 3.50 3.00

Meisterwerke in Likören
per Liter 3.00 und 3.60
Stoasdorfer, Rosen, Blat-Gold-
orange, Prünelle Abtei, Cacao, Gold-
wasser, Caracao, Sherry-Brandy
und auch alle anderen Sorten
Monopol-Alkohol 96% 4.70
Franzbranntwein 3.00

Herzberg & Co.,
Hofstr. 48, Bismarckplatz 20
Niederstr. 3, Klosterstr. 64
Leipzigerstr. 10

Jahrhunderthalle
(Wilmorfsaal)
Mittwoch, den 16. März,
nachmittags 3 Uhr:
Vortrag
von Frau Coiden-Jaenicke
„Wohnungsbau und
Hausfrau“.

Liebig-Theater
Täglich 8 Uhr:
International. Varieté
Eintrittspr. v. 50 Pf. an.
Jeden Sonntag
nachmittags 3 1/2 Uhr
Familien- und
Kinder-Vorstellung.
Das volle Programm
zu ermäßigten Preisen.

Leichtwie elegante
**Fräulein- u. Knaben-
Anzüge**
A. Palalong
Schneidemeister
Bischofstraße 3.

Die schönsten
Frühjahrs-Anzüge
und
Mäntel
kaufen Sie immer
noch am
billigsten
im b883
Herrenbekleidungshaus
Nikolaistraße 48
vis-à-vis der Barbarkirche
Hermann Patetzke

Fahrräder
auf
Teilzahlung
Herr- u. Dam-Räder
Renn-Maschinen
Anzahlung 10.-
wöchentlich 5.-
ohne jede Zinsberechnung
Sämtliche Ersatzteile vorrätig
Lombard- u. Kredithaus
Karlstr. 39 - Schloßplatz 7
Aufgang Portal 4, 1

**Großes
Billard-Preisturnier**
im „Bürgergarten“
1. Preis: Ein Nußbaum-Piano
im Werte von 1200 Mk.
Alle Billardspieler sind eingeladen

DR. GEYER / DR. MOSES
GESETZ
ZUR BEKÄMPFUNG
DER
**GESCHLECHTS-
KRANKHEITEN**
KARTON. PREIS 1,60
ERSCHEINT IN KÜRZE!
VERLAG I. H. W. DIETZ NACHF.
BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3
Bestelle schon heute bei:
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstr. 5 / Neue Taschenstr. 11

**Brennholz, Schwarten
und Sämlinge**
6890
liefert billig bei Selbstabholung
Dampfheizwert Breslau 10, Berl. Liebergasse.
Proletarier!
Bewußt die Hindernisse des
Sprachbruchs! Lerne die
Weltsprache Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

Dr. Senfner-Brot
Gegen einen
frühen Tod
Schützt dich
Dr. Senfner-Brot
Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungs-
mittel gegen Aderverkalkung und Lungenleiden.
Dr.-Senfner-Brot, durch Autoritäten glänzend
begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich nicht
von anderem Brot.
Zu haben in allen durch Plakate gekennzeichneten Bäckereien u. Verkaufsstellen.

August Bebel
Soeben erscheint, um noch als Jugend-
weihageschenk Verwendung zu finden, ein
Lebensbild des großen Arbeiterführers,
herausgegeben von
Dr. Willy Cohn
64 Seiten stark
mit einem farbigen Bebelbild, Preis 0.90
Vom selben Verfasser erschienen
früher und sind noch zu haben:
Ferdinand Lassalle Preis 0.50 Mk.
Robert Owen Preis 0.70 Mk.
Karl Marx Preis 0.60 Mk.
Friedrich Engels Preis 0.90 Mk.
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstr. 5 / Neue Taschenstr. 11

**Großes
Billard-Preisturnier**
im „Bürgergarten“
1. Preis: Ein Nußbaum-Piano
im Werte von 1200 Mk.
Alle Billardspieler sind eingeladen

● Bettfedern ●
(beste böhmische Landware)
geschlossene und ungeschlossene Gänsfedern in nur besten
Qualitäten empfiehlt
Spezialgeschäft **Herzig, Matthiassir. 100, 1.** (Wasserfontäne)
Straßenbahn wird vergütet.

DR. GEYER / DR. MOSES
GESETZ
ZUR BEKÄMPFUNG
DER
**GESCHLECHTS-
KRANKHEITEN**
KARTON. PREIS 1,60
ERSCHEINT IN KÜRZE!
VERLAG I. H. W. DIETZ NACHF.
BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3
Bestelle schon heute bei:
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstr. 5 / Neue Taschenstr. 11

**Brennholz, Schwarten
und Sämlinge**
6890
liefert billig bei Selbstabholung
Dampfheizwert Breslau 10, Berl. Liebergasse.
Proletarier!
Bewußt die Hindernisse des
Sprachbruchs! Lerne die
Weltsprache Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

*aus Leben
symptomen*
kann nur der gesunde Mensch. Opfern
Sie daher 3 Pfennige täglich zur Erhal-
tung Ihrer Gesundheit. Soviel kostet
Sie die tägliche kleine Dosis Stuvkamp-
Salz. Sie bewirkt das normale Funk-
tionieren Ihres Stoffwechsels, hilft Ihr
Blut von schädlichen Ablagerungen rein
erhalten, verhindert die Bildung von
Harnsäure, welche die Ursache zu rheu-
matischen und gichtigen Leiden ist,
reinigt Ihre inneren Organe und hilft
somit Sie gesund zu erhalten. Stuvkamp-
Salz ist in Apotheken und Drogerien
in Gläsern zu RM. 3.- und RM. 2.-
erhältlich.

General-Vertretung: **Prill & Brunner, Breslau, Mauritiussr. 22.** Fernspr. Ring 8314.

Anzug-Zutaten
4 bis 12 Wl., Rötter Wl. 48
bis 90 Wl., Weinwand Wl. 35
Wl. bis 1.20 Wl., Hermet-
kutter Wl. 48 Wl. b. 1.40 Wl.,
Garn 1000 Wl. 25-70 Wl.,
Kleppern 20 Gramm 10 Pf.,
Nadel-Schneidemaschine 100 Paar
2.00 b. 8.00 Wl. Anzüge Dgd.
3-10 Wl., Knechtel Riegel
13 Pf., Erdbeere 15 Pf.
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 18
Hilfstr. Oberstraße 17.

Arbeitsmarkt
**Rosen- u. Maschinen-
näherinnen** sucht
Stiebler Steinauer
Straße 30

Kleine Anzeigen
sind komplett, geistig ein-
spartige Anzeigen von Ber-
fahren, Kaufgeschäften u. a.
nur von Privatpersonen. Wort
3 Pfennige, rest 4 Pfennige
I gut erhält. Promenaden-
wagen und ein gutes groß.
Bett liegen zum Verkauf bei
Bismol, Matthiassir. 189, 1.

David: Referentenführer.
Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.
Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

**Ostdeutsche Pferde- und Vieh-
Versicherungs-Gesellschaft a. G.**
Wir suchen an allen Plätzen
6843
Vertreter
sowie ihr Schließen nach alts. Außenbeamte.
Herren, welche zu landwirtschaftlichen Kreisen
Beziehungen unterhalten, werden bevorzugt.
Berufsmäßige Tätigkeit erwünscht.
Bewerbungen mit Referenzen und Ansprüchen
erbeten an die
Direktion Frankfurt a. Oder, Scharrnstraße 76/78.

**Arbeitslose Frauen und Mädchen,
junge Burchen von 14-18 Jahren,**
sowie Wanderarbeitergruppen
mit vorwiegend weiblichen Arbeitskräften
finden guten Verdienst in der Landwirtschaft bei voller
freier Station u. zeitgemäßem Lohn. Abfahrt täglich.
Werbungen nimmt entgegen
Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer,
Breslau, Bohnhoffstraße 19. 6835

strahlenden Glanz
muß die Lederpasta Ihren
Schuhe verleihen. Es genügt
nicht, daß der Stiefel grau-
schwarz und matt ist. Ihre
farbigen Schuhe dürfen auch
nicht das matte Aussehen
toren Leders zeigen. Ihre
Schuhe müssen vielmehr
einen Hochglanz haben, der
auch bei Regenwetter nicht
verschwindet. Diesen erreichen
Sie, wenn Sie verwenden
Erdal
putzt die Schuhe
pflegt das Leder!



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 15. März.

Jugend und Wandern.

Die Tage werden wieder heller und damit zieht auch die Wanderlust wieder in die Herzen der Menschen. Die letzten Schauer vor der Kälte werden abgeschüttelt, und frisch-trohe Ge- schauer grüßen den noch kahlen Wald oder in den Berggebieten die grünen Tannenhalben. Besonders ist es die Jugend, die jede Stundenhererei von sich schüttelt. Schnell befehlt sich an den Sonn- tagen das Bild schöner Wandergebiete. Im frohen Spiel sieht man schon wieder den Ball fliegen, oder an sonnigen Plätzen sammelt sich die jugendliche Schar bei Musik und Gesang zu Volks- tanz- und munteren Reigen.

Wir dürfen dabei insbesondere begreifen, daß es oft gerade unsere Arbeiterjugend ist, die mit zu den Wanderfreudigsten unserer Zeit zählt. Ihr, die ein kargliches Dasein in Fabrik und Werkstatt, in Kontor und in düsterer Stadtlänge führen muß, bringt der Sonntag besondere Freude im Wandel- und Natur- erlebnis. Ihr tut dies Erlebnis gesundheitslich und auch aus Gründen der innerlichen, ethischen Entwicklung des jugendlichen Eigenlebens am meisten not. Jugend ist auch hierin ein besonderer Stoff, der in jeder Hinsicht Wandlungsfähigkeit — nicht im üblichen Sinne — beweist. Und diese Wandlungs- fähigkeit ist eng verbunden mit einer guten Aufnahmefähigkeit der Eindrücke, die Spiel, Wandern und mannigfaltige Natur- erlebnisse draußen fördern. So ist gerade in der Jugend die beste Grundlage für eine reiche Innenentwicklung gegeben. Das aber wird besonders gefördert durch das Wandern, durch die Eindrücke der Naturschönheiten und durch den dadurch mit ge- weckten Wissensdurst. Naturerlebnisse und Natur- erkentnis stehen in engstem Verhältnis zueinander. Dieses Verhältnis aber im besonderen Maße zu festigen und durch gute Siedungsarbeit zu beeinflussen, hat sich die Naturfreundebe- wegung zur Aufgabe gemacht. Es ist eine durchaus verständliche Ent- scheidung, wenn auch die Arbeiterjugend sich in den letzten Jahren im vernehmlichen Maße dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ und damit der Arbeiter-Wanderbewegung zugewandt hat. Das ist nicht so sehr der reinen Wandertechnik wegen geschehen, denn die kommt auch in den bestehenden großen sozialistischen und gewerkschaftlichen Jugendgruppen zur Geltung, sondern mehr aus dem inneren Betriebs- des Organisationslebens willen. Gutes Jugendwandern verlangt ein großes Maß guter Gefühls- einstellung und guter Gefühlsweckung. Dafür aber ist unsere Jugend um so mehr zu haben, je mehr in Industrie und Stadt das Leben mechanisiert und die Menschheit der wahren Natürlich- keit entfremdet wird. Dabei hat die Romantik hinter dem unwürdigen Ideellen in Verbindung mit dem weltanschaulichen Charakter zurückzutreten. Auch das wird in den sozialistischen Jugendgruppen angestrebt. Nur können diese sich dieser Arbeit nicht mit solch besonderer Energie widmen, weil der sozialistischen Arbeiterjugend wie auch den gewerkschaftlichen Jugendgruppen immense politische Erziehungs- und wirtschaft- liche Aufgaben erwachsen, die selbstverständlich im Vorder- grund ihrer Arbeit stehen müssen. Der Jugend im Kreise der Naturfreunde verbleibt dabei ein reiches Arbeitsfeld auf naturvollem, naturwissenschaftlichem und gefühlsbildendem Gebiet. Daher auch der Zustrom der Jugend zu diesen Kreisen.

Natürlich dürfen sich keine gegenseitigen Konkurrenz- bestrebungen herausbilden. Das für die gesamte Arbeiterjugend- bewegung in allen ihren Zweigen gegebene Arbeitspensum ist jedoch dermaßen reichhaltig und vielfältig, daß man sehr gut eine vorzügliche Arbeitsteilung unter den einzelnen Gruppen fördern kann. Das darf schließlich auch nur der Sinn der besonderen Arbeit auf dem Gebiet des Jugendwanderns sein. Wenn sich die Naturfreunde dieser Aufgabe unterziehen, so haben sie die für die anderen Jugendorganisationen geeigneten Arbeitsgrundlagen zu berücksichtigen und nur ergänzend wirksam zu sein. Wo sich aber gemeinsame Grundtendenzen in der Arbeit aufzeigen, wie zum Beispiel in der Festkultur, da soll man sich auch einmal zu gemeinsamen Arbeit zusammenfinden. Ein für den Charakter und den Wert der Naturfreunde-Arbeit wichtiges Moment zeigt sich fernerhin noch in der wieder ein- tretenden Bindung zwischen Jung und Alt im selben Arbeitskreis und Interessengebiet. Auf derselben gesinnungs- mäßigen Grundlage vereint, läßt sich hier wieder eine Bindung zwischen den verschiedenen Altersstufen schaffen, die in der praktischen Arbeit die verschiedenen Generationen zu solidarischem Tun vereint. Diese Tatsache sei in ihrem Wert für die Arbeiter- bewegung nicht verkannt. Hoffentlich bahnt sich auf der Grund- lage des Jugendwanderns und der Naturfreundebeziehung damit eine Entwicklung an, die der gemeinsamen Wirksam- keit der Arbeiterklasse in kommenden harten Kampfsitua- tionen nur förderlich sein dürfte.

Zum billigen Vorortverkehr.

Zur Einführung der Fahrheinfeste im Vorortverkehr von Breslau schreibt ein Leser: Die Neuerung wird leider den er- wünschtesten Anhang nicht finden, weil sie dem Bedürfnis nicht weit genug entgegenkommt. Der größte Fehler ist, daß die Geltungs- dauer der Hefte auf nur drei Monate beschränkt ist; sie müßte mindestens auf sechs Monate ausgedehnt werden, damit ein Heft den ganzen Sommer hindurch gilt. Dann sind 20 Fahrten in einem Heft auch reichlich viel. Die Neuerung ist doch vorwiegend für Gelegenheitsfahrer berechnet, denn wer regelmäßig die Eisen- bahn benutzen muß, der abonniert. Auch die Preisermäßigung der Seifahrten ist zu gering, um einen Massenvorteil herbei- zuführen. Die Eisenbahndirektion würde sich ein großes Ver- dienst erwerben, wenn sie den einfachen Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt festsetzte. Bei 50 Prozent Ermäßigung könnten auch die weniger begüterten Familien öfter einmal hinausgehen in die Felder und Wälder der weiteren Umgebung. Gerade die Geringsten sind ja der Erholung und Stärkung am dringendsten bedürftig und deshalb sollte man ihnen mehr entgegenkommen. Da die Neuerung sich auch erst einleben und die Bevölkerung sich daran gewöhnen muß, sollte man von vornherein etwas großzügiger zu Werke gehen. Mit halben Maßnahmen wird nicht viel erreicht, das dürfte auch die Eisenbahndirektion bald erfahren.

Die Beratungsstelle für schwer erziehbare Kinder

Der Deutsche Vereins zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen (Waldemühlstr. 9 II., Zimmer 303, Sprechstunden täglich von 11 bis 1 Uhr) hatte sich auch im vergangenen Jahre eines regen Aufwandes zu erfreuen. Sie wurde von 1386 Ratuchenden in An- spruch genommen (gegen 1208 im Vorjahr); 136 jugendliche und Kinder wurden der Beratungsstelle neu zugeführt. Bei fast allen Fällen, nämlich 120, veranlaßte die Beratungsstelle eine ärzt- liche Untersuchung. Danach wurden dann die Erzieher be- raten und die notwendigen Fürsorgemaßnahmen eingeleitet. Etwa die Hälfte der Zugewiesenen wurde zur Betreuung den verschiedenen karitativen Verbänden zugeleitet, andere wurden dem Berufs- und Arbeitsamt weiter empfohlen, 7 direkt in eine Lehrstelle überführt, 12 Kinder in Landheimen, in Landpflegerhäuser untergebracht. Obwohl nicht weniger als 85 schon straffällig geworden waren, war doch nur bei 10 Unterbringung in Fürsorgeerziehung nötig. Bei den übrigen gelang es durch dauernde Beaufsichtigung, durch Beratung der Eltern und Beeinflussung der Jugendlichen selbst, sie in der

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Eine sehr lange Tagesordnung wurde gestern fast ohne Debatte aufgearbeitet. Bei einer Nachbewilligung von 400.000 Mark für den Umbau des Ofenhauses I im Gaswerk Dürrgon, für den zuerst 1,1 Millionen bewilligt waren, wies der Bericht- erstatter, Stadtv. Braune, darauf hin, daß mit diesem Umbau vorläufig die Frage der Ferngasversorgung aus dem Waldenburger Gebiet für längere Zeit erledigt ist. Die Frage der Getränkesteuer hatte eine größere Anzahl von Gast- wirtinnen in den Zuhörerraum gelockt, die aber bis ganz zum Schluß warten mußten, ehe der sozialdemokratische Dringlich- keitsantrag zur Besprechung kam. Genosse Darf begründete den Antrag, der verlangt, daß die Steuer vom 1. April ab nicht mehr vom Gastwirt, sondern vom Erzeuger oder Großhändler erhoben wird. Der Kommunist Ammon erklärte, die Stadt solle auf die Steuer ganz verzichten, doch die Frage des Oberbürger- meisters, wo für die 1,7 Millionen ein Ersatz herkommen soll, vermochte er natürlich nicht zu beantworten. Stadtrat Dr. Treutler hielt es für fraglich, ob die Steuer über den gesetzlichen Zeitpunkt des 1. April hinaus bestehen bleiben wird. Falls sie bestehen bleibt, sei entgegengesetzt der Meinung von Interessenten eine Umwandlung im Sinne des sozialdemo- kratischen Antrages rechtlich zulässig. Dagegen sei es technisch nicht möglich, die Veränderungen vor dem 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Im Schlußwort bezweifelt Gen. Darf, daß die Steuer wirklich abgeschafft wird und bestand deshalb auf baldiger Um- änderung der Steuerordnung, denn sonst würde die schikanöse Ein- treibung beim Gastwirt auch noch über den 1. Juli hinaus fort- dauern. Der Antrag wurde dann dem Haushaltsausschuß über- wiesen. Die Gastwirte können also damit rechnen, daß die Steuer, falls sie mit dem 1. April nicht fällt, vom 1. Juli ab nicht mehr bei ihnen, sondern vom Erzeuger und Großhändler erhoben wird, so daß dann die mit der Erhebung verbundenen Scherereien fortfallen.

Zu Beginn der Sitzung wird der neue Stadtrat Dr. Treutler (Zentrum) eingeführt, ebenso die beiden Stadtv. Großmann (Soz.) und Klein (Völk.) für die ausgeschiedenen Stadtv. Prof. Mark bzw. Brückner.

Eine Anzahl von kleineren Vorlagen wird sofort debattelos angenommen, darunter die Bewilligung von Beihilfen an die Historische Kommission für Schlesien, für das Meteorolo- gische Observatorium Krietern und für das Zoo- logische Institut zum Ausbau des Aquariums. Die Beihilfen haben eine Höhe von je 1000 Mark, für die Wetterwarte Krietern von 5000 Mark.

Ausbau der Wasserkraftwerke

Norderoder und Süderoder wurden vom Magistrat 1,2 Milli- onen Mark zur Verfügung gestellt, für die vom Reich zu beiden Wasserkraftwerke Janowitz und Koppen 485.978,38 Mark, beides Beträge, die schon früher bewilligt wurden. Die Versamm- lung nimmt davon Kenntnis.

Das Schriftwort des verstorbenen Direktors Probst über die „Geschichte des Breslauer Volksschulwesens“ wird für 500 Mark angekauft.

Stadtv. Ammon (Komm.) wendet sich gegen die beantragte Bewilligung eines niedrig verzinslichen Darlehens von 10.000 Mark an den Vorstand des Evangelischen Be- zirkshauses (Breslauer Stadtmission). Derartige Wohl- fahrtsanstalten seien grundsätzlich vom Staat und von der Stadt zu übernehmen. Bereits 100.000 Mark sind früher be- willigt worden.

Stadtrat Tigner führt aus, daß die Stadt durch Verordnung des Preussischen Wohlfahrtsministeriums zur Unterbringung einer solchen Einrichtung verpflichtet sei, die Obdachlose beherberge. Die Stadt würde durch diese Einrichtung entlastet. Die kurz vor der Fertigstellung stehenden Baracken würden in ihrem Bau auf- gehalten werden.

Die Vorlage wird mit 39 gegen 22 Stimmen an- genommen.

Zu dem Magistratsantrag, mit der Besetzung der für 1927 neu geschaffenen 10 Mittelschullehrerstellen noch vor Verabschiedung des Haushaltsplanes der Mittelschulen zu beginnen, begründet Stadtv. Schmidt (Vobref.) den Zusat- zeantrag, den Magistratsantrag nur mit der Maßgabe zu ge- nehmigen, daß die Stellen mit bisher schon im Bres- lauer Schuldienst beschäftigten Kräften zu besetzen. Stadtschulrat Lauterbach erklärt ohne Begründung, daß der Magistrat diesen Antrag nicht annehmen könne.

Stadtv. Thum (Dnat.) ersucht um Mitteilung einer Be- gründung.

Familie und auf dem rechten Wege zu erhalten. Wie alljährlich, fand auch in diesem Jahre eine Weihnachtsfeier statt, bei der 20 Kinder mit Gaben bedacht werden konnten.

Vom Schieferwerder.

Das städtische Presseamt schreibt uns: Nachrichten über umfangreiche bauliche Verände- rungen im Schieferwerder haben in weiten Kreisen der Bürger- schaft die Meinung aufkommen lassen, als ob schon in aller- nächster Zeit tiefgreifende Veränderungen vorgenommen werden sollten. Demgegenüber sei betont, daß bei Festsetzung des Bau- projektes vor allem darauf Bedacht genommen werden mußten, daß eine erschwingliche Pachtsumme nicht nur die Steuern, Abgaben, Beiträge Kosten der Unterhaltung des Gartens und der baulichen Instandsetzungen, sondern auch die Verzinsung und die Tilgung der für den Umbau aufgewandten Baukosten wird decken müssen. Da die laufenden Verwaltungs- und Unterhaltungskosten des Schieferwerders etwa 18.000 Mark ausmachen, so ist leicht abzusehen, daß der Umbau sich nur in bescheidenen Grenzen wird halten dürfen; ein bestimmter Bau- plan liegt auch noch nicht vor.

Es ist auch zurzeit noch nicht abzusehen, wie das Baugeld beschafft werden soll. Nach alledem ist damit zu rechnen, daß an der Gaststätte im Schieferwerder bis zum nächsten Frühjahr nichts geändert werden wird.

Anleihe-Barablösung.

Die Frist für die Anmeldung der Reichsanleihen im Alt- besitz zur Barablösung läuft am 31. d. Mts. ab. Es handelt sich um die Anleihebeträge unter 1000 Mark, sofern der Anleihebesitzer deutscher Reichsangehöriger ist, im Inlande wohnt und im Jahre 1926 ein Einkommen von höchstens 1500 Mark gehabt hat. Die Anmeldung hat bei der Anleihebesitzstelle des zuständigen Finanzamtes auf einem dort erhältlichen amtlichen Bordruck zu erfolgen. Sprechstunden der Anleihebesitzstellen in Breslau täglich von 9 bis 1 Uhr.

Oberbürgermeister Dr. Wagner erklärt, daß der Magistrat das alleinige Recht zur Besetzung der Lehrstellen habe und sich dieses Recht nicht beschränken lassen könne.

Der Änderungsantrag wird so ergänzt, daß um eine vor- zugsweise Berücksichtigung Breslauer Lehrkräfte verlangt wird und wird mit dem Magistratsantrag angenommen.

Angenommen wird der Antrag, eine vorhandene In- genieurstelle der Tiefbauverwaltung — Gruppe X — in eine Magistratsratsstelle — Gruppe XI — umgewandelt wird. Diese Stelle wird nach dem Antrage des sachbearbeitenden Aus- schusses einem Nichtakademiker übertragen.

Der Antrag auf Bewilligung von 10.000 Mark zur Durch- führung dringend notwendiger hauptpolizeilicher Maßnahmen, die von der Polizeiverwaltung verlangt werden, wird nach kurzer Debatte dem Finanz- und dem Bauausschuß überwiesen.

Ein Antrag auf Abtretung von Garten- und Straßensand des Klassenlichen Siedehauses an der Trebnitzer Straße zum Bau eines Fahrdammes längs der Straßenbahntrasse wird an- genommen.

Die Aufstellung der Jahresrechnung sämtlicher städtischer Be- triebsunternehmen nach kameralförmigem Muster fällt künftig- hin weg.

Im Stadthaus werden Räume für eine Fernspre- cheleibank in Anlage ausgebaut, um die Mängel der be- stehenden Fernsprechanlage zu beseitigen, wofür 250.000 Mark bewilligt werden.

Der Italienischen Regierung werden 4000 Quadratmeter vom Gelände des städtischen Friedhofes gegen Zahlung von 40.000 Mark zur Schaffung eines Sammelfriedhofes für 1200 in Deutschland begrabene italienische Krieger- Leichen überlassen.

Die Mittel für den Umbau eines Ofenhauses im Gaswerk Dürrgon werden von 1,1 Millionen Mark um 490.000 Mark erhöht. Für verschiedene Neuanschaffungen, Repara- turen usw. werden außerdem 260.000 Mark bewilligt. Der Gesamt- betrag wird aus Anlehsmitteln bestritten.

Der Reichswasserstraßenverwaltung wird ein Vertrag auf Ankauf von Aufschüttungs- und Wasserflächen an den Kraft- werken Süder- und Norderoder geschlossen und zum Ankauf der Betrag von 36.900 Mark bewilligt.

Der Schwabe-Vriesemuth-Stiftung in Gold- berg wird eine Jubiläumsspende von 3000 Mark überwiesen, da 68 Breslauer Waisenkinder seit dem Bestehen der Stiftung das dortige Programmium besucht haben.

Bei der Beratung des Magistratsantrags auf Mietung von Räumen für die Erwerbslostenfürsorge und das Wohl- fahrtsamt zum Preise von 12.000 Mark jährlich und zur Be- willigung der Umbaukosten in Höhe von 50.000 Mark wird Stadtv. Ammon (Komm.) die Frage auf, ob das Mieten der Geschäftsräume für die städtische Verwaltung ein Dauerzustand bleiben sollte. Augenblicklich hat die Stadt über 1800 Quadratmeter Mieträume, wofür sie einen Mietzins von jährlich rund 237.000 Mark Miet- zins zu tragen hat. Wenn vorläufig kein großes Stadthaus gebaut werden könne, so sollte die Stadt einen größeren Komplex von Ge- schäftsgebäuden antauchen.

Stadtbaurat Wihoff teilt mit, daß der Plan bestehe, ein Geschäftshaus zur Unterbringung sämtlicher Betriebsverwaltungen mit einem Kostenaufwand von insgesamt 8 Millionen Mark zu errichten.

Der Antrag des Magistrats wird dann angenommen. Stadtv. Otte begründet einen Antrag auf Bewilligung von 1,1 Millionen Mark zum

Bau einer Volksschule in Zimpel

mit zwei Turnhallen. Der Neubau muß unbedingt Ostern 1928 fertiggestellt sein, da die Siedlung Zimpel, die binnen kurzem 10.000 Einwohner erreichen wird, eine neue Schule dringend be- nötigt. Die nächste Schule, Wilhelmstr. 4, ist völlig überfüllt. Der Antrag wird angenommen.

Dem Preussischen Staat werden jetzt erst berechnete Kosten für 1916/17 ausgeführt. Die Schüttungsarbeiten an der Muenkestraße mit 50 Prozent auf 28.972,03 Mark zuzüglich 5 Prozent Zinsen auf- gewertet.

Verschiedene Unterrichtsräume der im Umbau begriffenen Eichendorff-Oberrealschule werden mit 95.400 Mark vermehrt, ausgebaut und verbessert.

Der Entwurf für den Neubau der Schweineschlachthalle geht an den Bau-Ausschuß.

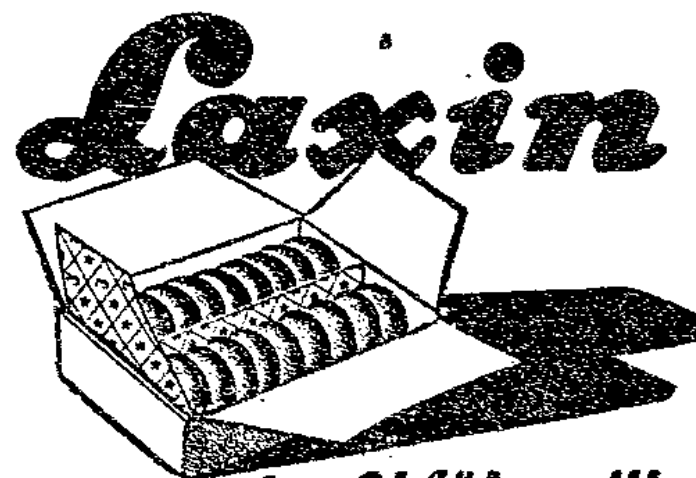
Die von der Stadt noch abzuschließenden Mietverträge über Büroräume will der Magistrat einer aus 3 Magistratsmitgliedern und 6 Stadtverordneten zu bildenden Kommission zur Vorbereitung überweisen. Stadtv. Macho (Soz.) wendet sich gegen die Bildung von neuen Kommissionen und wird dabei von anderen Stadt- verordneten unterstützt. Die Aufgaben dieser Kommission werden schließlich einem Unterausschuß des Hauptausschusses übertragen.

Stadtv. Otte (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag: Zur Milderung der Arbeitslosigkeit mit Be- ginn des neuen Geschäftsjahres mindestens ein Drittel aller im Etat 1927 vorgesehenen Arbeiten und Lieferungen zu vergeben und alle hierfür erforderlichen Arbeiten sofort in die Wege zu leiten. Der Antrag wird debattelos angenommen.

Es folgte eine Geheimhaltung.

Die Schwarzhemden-Krawalle in Osdwiz.

Unsern Lesern wird noch erinnernlich sein, wie am 27. Juli v. Js. eine Anzahl völkischer Jünglinge ihren Taten- drang betätigten, indem sie morgens gegen 4 Uhr mit wachsender Hakenkreuzfahne und lautem Geschrei durch Osdwiz mar- schierten. In einem Lokal bemerkten die Schwarzhemden, mit Totenkopf geschmückten Nationalsozialisten, daß dort noch ein Ber- gnügen stattfand. Sie hatten es wohl sofort erkannt, daß sie sich



das ideale Abführmittel macht zarten reinen Teint. Denn gute Verdauung schafft zarten reinen Teint. Also nehmen Sie regelmäßig ein LAXIN-KONFEKT. Verlangen Sie kostenlos die interessante Broschüre über Laxin von den Lingner-Werken, Dresden

Der Neubau der Technischen Hochschule.

Der ungezwungen betätigten könnten; denn in der Nähe waren diese große Steine und im Rudel führten sie selbst einen großen Vorlaghammer mit. Nachdem sich einer aus dem Lokal abgezogen hatte, versuchte ein anderer, in der Saal einzudringen. Das wurde ihm jedoch verweigert, denn es handelte sich um das geschlossene Vergnügen eines Lotterievereins. Nun befiel die Herde, das Lokal zu verlassen. Es wurde umstellt und mit den Steinen warf man die Fenster des Lokals ein. Jedem, der ihnen entgegentrat, bedrohten die Rufführer mit dem schweren Hammer. Der Wirt des Lokals, dem durch den Kravall ein Schaden von mehr als 400 Mark zugefügt wurde, versuchte vergeblich, die Bande zu beruhigen. Bei der Massenprügelei wurden eine ganze Anzahl Personen verletzt, auch fielen einige Schüsse. Das als das Heberfallkommando der Schutztruppe erschienen war, hatten die Haupttäter bereits das Weite gesucht. Jetzt standen vor dem Gerichte erweiterten Schöffengericht nicht die Haupttäter und die Mordführer, sondern diejenigen, die sich im allgemeinen nur wenig an der Schlägerei beteiligt hatten. Sämtliche Angeklagte waren zwischen 20 und 24 Jahren. Es waren dies der Handlungsgehilfe Paul Köhler, der Kaufmann Walter Schmidt, der Metzger Ernst Kötter, der Kaufmann Wilhelm Schwarz, der Zahnwächter Wilhelm Pöter, der Arbeiter Gustav und der Schlosser Gerhard Hiescher. Sämtliche Genannten gehören zu den talentvollsten Häftlingen. Nur ein älterer Mann, der 30 Jahre alte Nachbeter Anders, der zu dem Lotterieverein gehörte, stand mit auf der Anklagebank. Die sieben Schwarzgehenden belasteten natürlich den einen Mitangeklagten ganz erheblich und wenn sie weiter nichts zu sagen wußten, so erklärten sie, in Notwehr gehandelt zu haben. Die Notwehr tat natürlich auch hier ihre Wirkung, denn der Staatsanwalt beantragte gegen alle Häftlinge die Freisprechung; gegen den einen aber, der im Lokal einem Vergnügen bewohnte, beantragte er wegen Körperverletzung eine Geldstrafe von 150 Mark! Das Gericht verurteilte in der Tat auch den Nachbeter zu 80 Mark Geldstrafe; außerdem Schwarz und Pöter wegen einfachen Hausfriedensbruchs zu je 30 Mark Geldstrafe. Alle anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Im Gerichtssaal bestand sich der beschlagene große Hammer, ein Saal voll Steine und ein Revolver.

Gewerkschaftshaus-Vorfälle.

Am kommenden Donnerstag und Freitag bringt das Arbeiter-Sport-Kartell wieder zwei linderfreie Filme auf die Leinwand. Man beachte morgen an dieser Stelle die Bekanntmachungen sowie das Inserat.

Die Stahlhelmspille.

wurde erwiesen in der Stahlhelmsammlung am Freitagabend im Schickwerder. Alle die Neugierigen die gekommen waren, um eine Antwort auf die Frage: „Warum gehört der deutsche Arbeiter in den Stahlhelm?“ zu erhalten, wurden betrogen. Die Rede des angeblichen „Metallarbeiters“ Löhr war weiter nichts, vom Anfang bis zum Ende, als eine innige Schimpferei. Gleichwohl war es, sich diesen Mann so profitieren zu sehen. Das Echo blieb natürlich nicht aus und zum Schluß war eine regelrechte Holzerei mit geschwungenen und geworfenen Stühlen und Biergläsern im Gange.

Der Gast wandte sich mit Grausen

Kommunalpolitischer Kursus.

Sonnabend, den 19. März, abends 8 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses, letzter Vortrag über „Städtische Finanzen und Haushaltsplan“. Referent: Stadterwerber Genosse R. Darr. Es wird um guten Besuch gebeten.

Das Sturmjahr 1848.

Sonntag, den 20. März, abends 7 Uhr, veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend eine Märzfeier in der Viktoriaschule, letzter Vortrag über „Städtische Finanzen und Haushaltsplan“. Referent: Stadterwerber Genosse R. Darr. Es wird um guten Besuch gebeten.

Zum Beethoven-Abend

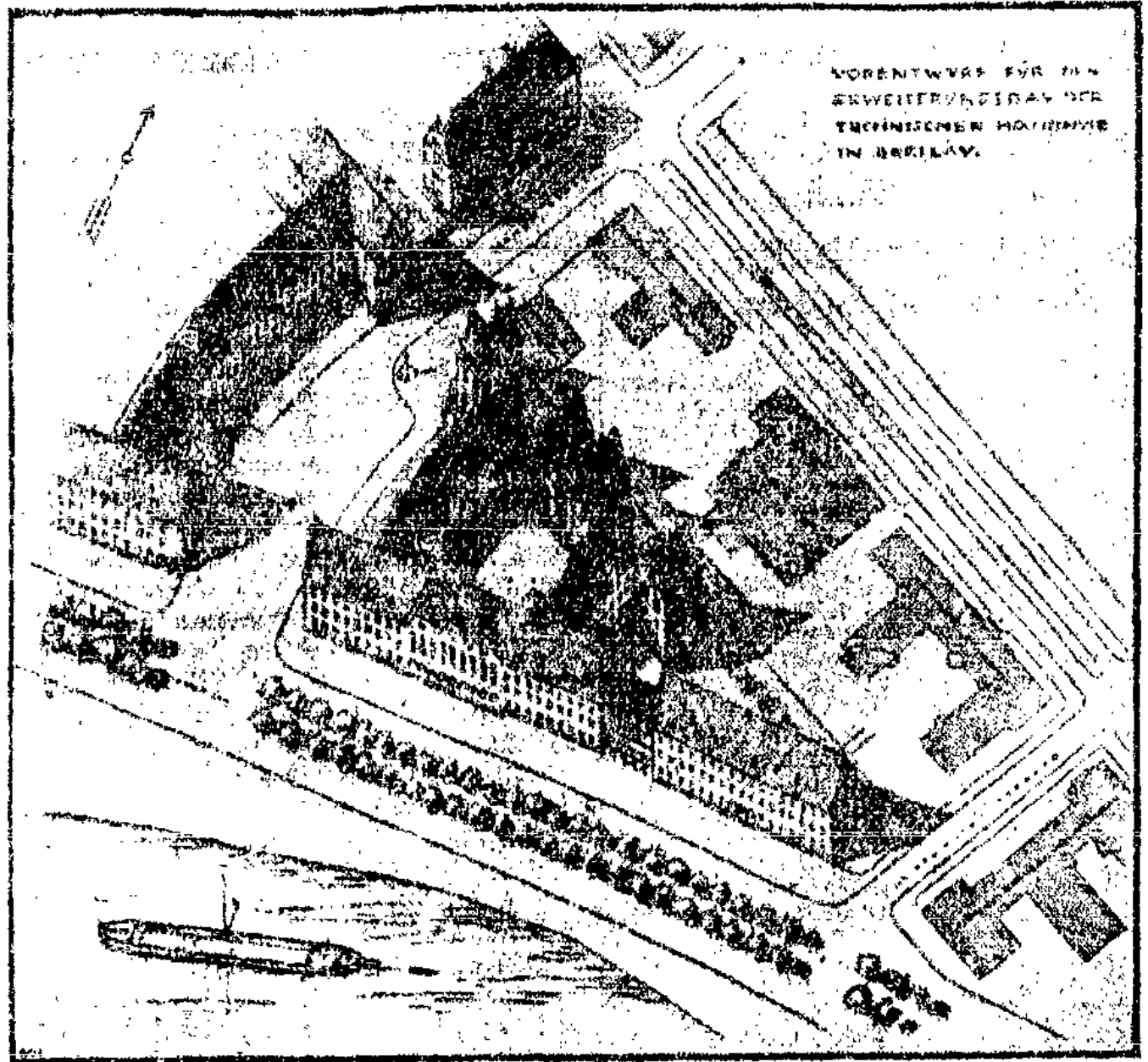
bringt der Arbeiter-Bildungsausschuss nochmals in Erinnerung, daß dieser Mittwochs, den 18. März, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet. In diesem künstlerischen Abend wirken mit der Volkschor Breslau, Elisabeth Böhm als Solistin und als Instrumentaltrio Ernst August Voelkel, Dr. Alfred Pasterstein, Fritz Winnowski. Das Programm bringt ein Trio für Klavier, Violine und Cello, einen Gemischten Chor, zwei Männerchöre, „Der treue John“ und Chor der Gefangenen aus der Oper „Fidelio“, vier Vieder für Alt und als Schluß ein Trio für die oben genannten Instrumente. Der Eintrittspreis von 60 Pfennig ermöglicht es jedem, an diesem Abend teilnehmen zu können. Der Veranstaltung ist auch der beste Besuch zu wünschen. Programme sind noch zu haben in den Bureaus der Gewerkschaften und der Partei, in den Volkswachbuchhandlungen Graupenstraße und Taschenstraße, in der Musikalienhandlung von Hainauer, Schmeidnitzer Straße, in der Arbeiterbibliothek, wie am Büfett des Gewerkschaftshauses und an der Kasse. Erwerbslose Gewerkschaftler oder Parteimitglieder haben die Möglichkeit, an der Kasse Programme zum halben Preise zu erhalten. Ebenso Mitglieder der Jugendgruppen von Partei und Gewerkschaft.

Achtung, Eltern!

Viele Kinder, die jetzt die Schule verlassen, werden dem Angestelltenberuf zugeführt. In der Schule haben sie im letzten Jahre auch Stenographie gelernt. In ihrem künftigen Beruf ist die Beherrschung der Stenographie unbedingt erforderlich. Die Eltern werden ihren Kindern gern Gelegenheit geben, die in der Schule erworbenen Kenntnisse der Kurzschrift weiter zu vervollkommen. Gerade Stenographie erfordert weiteres Üben, soll das bisher Erlernete nicht zuwieseln sein. Schickt eure Kinder, die ihre Kurzschriftkenntnisse weiter fortbilden wollen, in die zu errichtende Jugendabteilung der Freien Stenographen-Vereinigung (Mitglied des Arbeiter-Stenographen-Bundes). Geeignete Lehrkräfte stehen zur Fortbildung zur Verfügung. Die Unkosten werden im Monat nur wenige Pfennige betragen. Damit wir unsere Abteilungen zweckmäßig einrichten können, schickt bitte bald die Adressen an den Leiter der Jugendabteilung, Lehrer Schirdewahn, Bärenstraße 23, oder an G. Krause, Friedensburgstraße 12. Man füge für Rückporto 3 Pfennige in Briefmarken bei. Die Gruppe bietet die Möglichkeit zur Fortbildung in Reichsdeutsch, Stageschreien und Stenographie. Für jedes System besondere Unterabteilungen. Eltern, ihr braucht nicht mehr eure Töchter und Söhne in bürgerliche Vereine zu schicken zwecks Stenographischer Weiterbildung! Benutzt die Gelegenheit, eure Kinder im Kreise klassenbewußter Genossen auszubilden zu lassen.

Nach dich frei!

Das ist die Parole, unter der die Jung-Sportler am Sonnabend für ihre Ziele demonstrieren werden. Da an dieser Kundgebung auch politische Organisationen beteiligt sind, wird diese Kundgebung auch einen politischen Einschlag erhalten. Wir fordern deshalb alle jungen Arbeiter, die in keiner Sportorganisation sind, auf, sich unserer Organisation anzuschließen. Wir werden dort gemeinsam gegen Hungerlohn, Faschismus und Krieg, für eine Einheitsregierung, Freiheit im Wort und Schrift und Solidarität der Arbeiter in aller Welt demonstrieren. Jungsozialisten Breslau.



Als im Jahre 1910 die Anlagen der Technischen Hochschule auf der Vorstadtstraße eingeweiht wurden, war für einen Erweiterungsbau an der Hanfsäcke längs der Uferseite ein größeres Gelände freigelassen. Jedem, der dort vorbeiging, fiel auch auf, daß an dem langen Gebäudeflügel, den man als ersten linker Hand sieht, wenn man von der Freiheitsbrücke kommt, zwei Giebel ohne jegliche Verzierung einer Verlängerung entgegen sahen. Später, als es bei der Einweihung gedacht wurde, ist diese Erweiterung gekommen. Wie aus dem einen Bilde (Grundriß) ersichtlich ist, springen jetzt vor dem alten Gebäude zwei Flügel in gleicher Richtung nach der Uferseite zu und werden dort von einem mächtigen Frontgebäude verbunden.

Der Erweiterungsbau der Technischen Hochschule, der jetzt fast vollständig im Rohbau fertig ist, weist an der Hanfsäcke eine Länge von ungefähr 50 Metern auf, der ihm gleichlaufende Flügel ist nur 21 Meter lang, während das beide verbindende Frontgebäude eine Länge von 102 Metern aufweist.

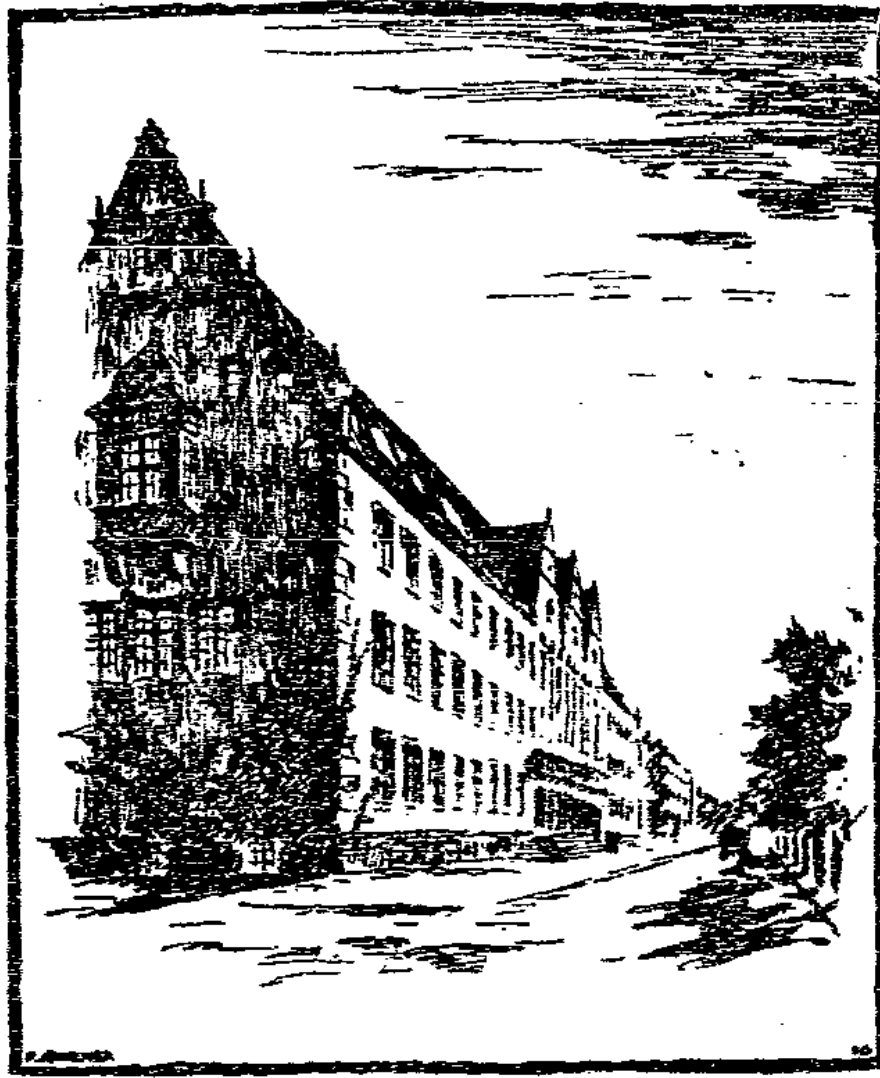
Der Neubau wurde notwendig, weil es bisher an den nötigen Verwaltungs- und Festräumen fehlte, wie sich auch die Erweiterung mancher Abteilungen als wichtig erwies. In dem Gebäude, das vierstöckig gebaut ist, muß als wichtigster Raum die Aula bezeichnet werden. Durch ihre Höhe (9 Meter) reicht sie über zwei Stockwerke, mit ihrer Länge von 32 Metern und ihrer Breite von 15 Metern stellt sie das ganze Mittelstück der Hauptfront aus und gibt diesem durch ihre mächtigen Fenster ein imponantes Aussehen. Wie man die Aula in ihren Innern einrichten wird, steht noch nicht fest, da sich gerade solche Pläne erst im Werden ausbreiten. Im untersten Stockwerk sind neben Besamtenwohnungen Räume für Studentenspeisung und für Leibes-

übungen. Sonst werden in den übrigen Stockwerken die Verwaltungs- und Unterrichtsäume für die verschiedensten Abteilungen untergebracht, wie für die Bauingenieure, für Mathematik, Physik, Bergbau, Geodäsie und Marktscheibekunde.

Bei dem Bau stellte sich als besondere Schwierigkeit die Fundamentlegung heraus. Es wurde notwendig, etwas mehr als 6 Meter auszuweichen, wodurch die Kosten für den Neubau ziemlich verteuert wurden. Mit den Kosten für die Inneneinrichtung erfordert der Erweiterungsbau die Summe von 2,8 bis 3 Millionen Mark. Man hofft, daß schon zum kommenden Wintersemester Teile des neuen Gebäudes fertiggestellt sein werden; die endgültige Benützung wird aber erst im Frühjahr 1928 möglich sein.

Die Pläne wurden in der Staatlichen Hochbauverwaltung in Berlin angefertigt. Mit Ausnahme von unwesentlichen Veränderungen paßt sich der Neubau ganz an den Baustil der früher ausgeführten Gebäude. Durch die Vollendung dieses Bauteiles in vorläufiger die Anlage der Breslauer Technischen Hochschule zu einer gewissen Reife gekommen, die noch zum Vorteil mit sich bringt, daß jetzt der Anschluß an die schöne Oderpromenade erreicht worden ist. Damit gewinnt Breslau wieder einen neuen Anziehungspunkt.

Sollte in späteren Jahren eine nochmalige Erweiterung der Anlagen nötig sein, so ist dafür zunächst die Möglichkeit an der Heidenhainstraße nach dem Chemischen Institut zu geben. Ein weiterer Ausbau wäre auf der Uferseite in der Richtung nach der Freiheitsbrücke möglich, wofür der Magistrat schon Gelände bereit gestellt haben soll.

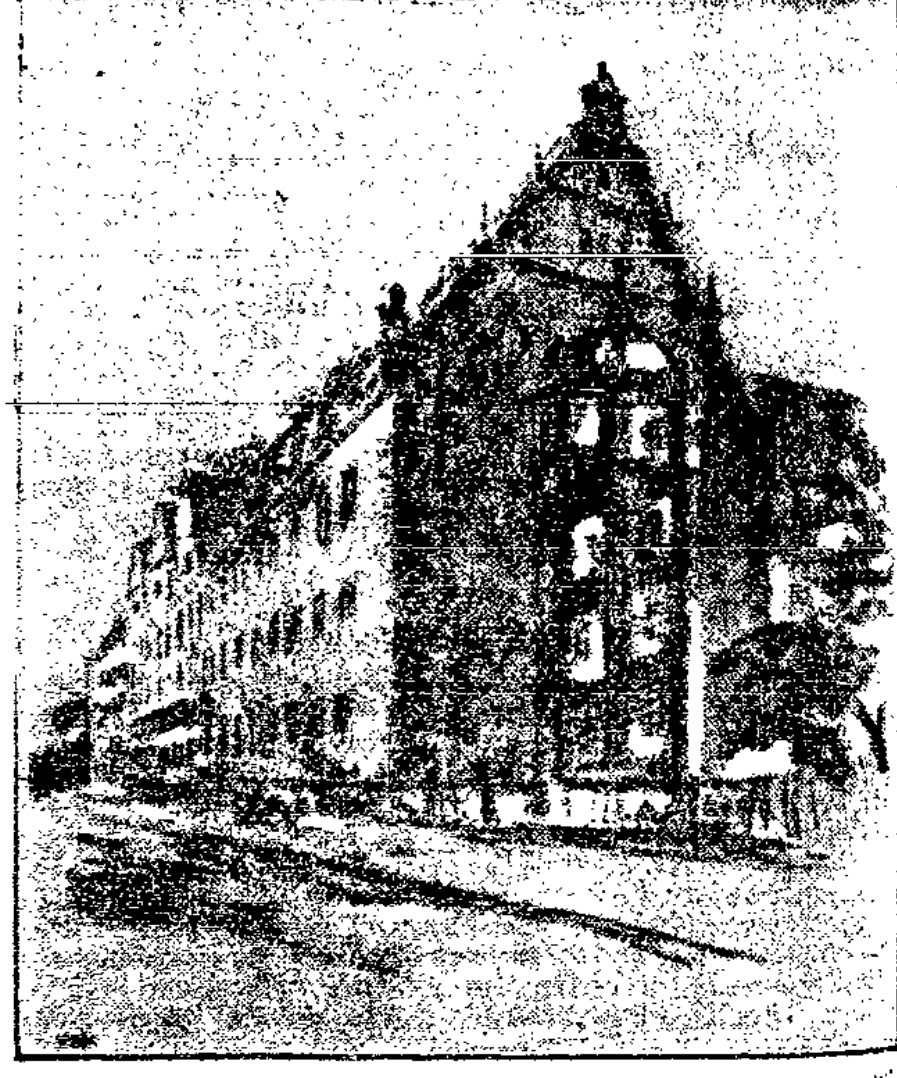


Liebe Eltern und Freunde!

Sonntag, den 27. März, nachmittags 4 Uhr, findet in der Turnhalle in der Steinstraße ein Schachturnier unserer 4 Kinderabteilungen des Ost-Bundes der „Freien Turnerschaft“ statt. In munterer Reihenfolge werden sich die verschiedensten Arten von Leibesübungen, vor unseren Anhängern und Freunden abwickeln. Außerdem wird unser Sportarzt Dr. Juliusburger einen Vortrag über die „Notwendigkeit der Leibesübungen im Kindesalter“ halten. Den Eltern unserer Kinder wird der Besuch der Veranstaltung besonders empfohlen. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder. Eltern und Frauen kehrt nicht die wenigen Groschen die wir als Eintrittspreis erheben müssen. Kommt! Und Ihr seid Euch bewußt, ein Stück Kulturarbeit gefördert und ein Stück Freiheit gefördert zu haben.

Abteilung Süden und Streblener Tor.

Alle Eltern erscheinen Donnerstag, 28. März, in der A.-Z.-Parade, an den Leisbäckern, zu einer Elternversammlung.



Frühjahrs-Topsmarkt.

Gegenwärtig wird auf dem Neumarkt wieder der Topsmarkt abgehalten. Am geistigen Tage sah es fast so aus, als hätten ihn die Hausfrauen vergessen, doch daran trug gewiß nur der strömende Regen die Schuld. Völlig durchnäßt standen die Händler und Händlerinnen an ihren Verkaufsständen und warteten vergeblich auf Käufer. Es wird gewiß schwer sein, mit der vielen Konkurrenz, die dem Markt in den Geschäften gemacht wird, Schritt zu halten, denn die Geschäfte letzten ihre Preise auch auf das äußerste herab, doch der Topsmarkt verkörpert eine gewisse Tradition und hier finden die Hausfrauen auch manches Originelle, was sie in den Geschäften vergeblich suchen. Da sind außer den üblichen Porzellan- und Steingutwaren vor allem die Kippesachen. Was hier für Formen erbracht wurden, ist bewundernswert. Und wenn der Himmel ein Einsehen hat und den Regen einstellt, dann wird nicht nur die Hausfrau unter den üblichen Säugelchen wählen, sondern auch die Kinder werden sich die ihrem Geschmack entsprechende Porzellanfigur kaufen. Uebrigens sind die Kinder immer eifrige Besucher des Topsmarktes und ihr kritischer Blick läßt schon den an-

Parteilosen und Parteigenossen!

Freitag, den 18. März, nachm. 5 Uhr
von den Diffusionalisten aus

Flugblattverbreitung

als Ausrüstung für unsere Werbeweche.

Jeder Funktionäre halte sich bereit!
Jugend zur Mitarbeit heraus!

Aus aller Welt.

Ein Geldbetrag von 30 Mark und eine goldene Uhr mit Silberner Kette gestohlen. Der Dieb hatte zum Ausschließen der Wohnung den Schlüssel benutzt, der im Flur auf einem Schrank lag.

Gelsenau, Kr. Glad. Milderung einer Strafe für Sittlichkeitsverbrechen. Der Gastwirt Alfred L. von hier war wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an seiner Stiefnichte, zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. In der Verurteilungsverhandlung, die jetzt vor der großen Strafkammer in Glad statt fand, wurde das Zuchthausurteil aufgehoben und L. zu nur einem Monat Gefängnis verurteilt.

Handorf (Kreis Neustadt). Ein schwerer Erbenunfall ereignete sich auf dem hiesigen Kurzdamm. Der Schlopper Walter B. erlitt neben schweren Querschnitten einen rechtsseitigen Unterschenkelbruch. Der Verunglückte wurde bestunungslos in das Neustädter Knappschafts-Krankenhaus eingeliefert.

Sieghart. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich auf dem Dominium Altwaldau. Die Pferde eines Wagens wurden plötzlich scheu, wobei der Reiter vom Wagen fiel und unter den Räder geriet, so daß ihm die Räder über die Brust gingen. Der Verunglückte mußte in das hiesige Krankenhaus eingeliefert werden.

Kesselsdorf, Kreis Löwenberg. Schweinekad. Unter Vergiftungserscheinungen mußten am hiesigen Orte eine größere Zahl Schweine abgeschlachtet werden. Als Krankheitsursache werden Futtermittel genannt, die aus Polen eingeführt wurden.

Niemendorf, Kreis Löwenberg. Der grauenhafte Unfall des 16 Jahre alten Arbeiters Menzel an der Arbeiterfrau Feige dürfte erst nach geraumer Zeit seine Ursache finden. Der jugendliche Mörder, dessen Aburteilung durch das Jugendgericht erfolgt, soll demnächst in die Irrenanstalt Paganitz überführt werden, um seinen Geisteszustand zu beobachten.

Ratibor OS. Gestörter nächtlicher Raubüberfall. In der Nacht vom 9. zum 10. März drangen drei bewaffnete Räuber in die Wohnung des Joz. Remiorz in Weichhof bei Ratibor und verlangten die Herausgabe von Geld. Mit Werten hatten sie sich durch Einschlagen der Türen Eingang verschafft. Zwei der Banditen drangen in die Stube, wo Remiorz mit zwei Söhnen schlief. Alle wurden mit vorgehaltenem Revolver in Schach gehalten. Als der eine Sohn Franz aus der Wohnung heraussprang und um Hilfe schrie, wurde er von einem draußen stehenden Mörder mit einer Jagdschlinge schwer in die rechte Hand und Unterarm gefaßt. Anfolge des Lärmes mußten die Banditen aber ohne Erfolg abziehen.

Mieschowitz OS. Durch die Halde gale erstickt. Am Sonnabend vormittag, begaben sich die Jugendlichen Johann Haider, Alons Rogowski und Josef Kairnol aus Mieschowitz, alle im Alter von 16 bis 19 Jahren, nach den Halde der Preußengrube, um Kohle zu sammeln. Nach dem Sammeln legten sich die Jungen auf der Halde hin, um auszuruhen. Dabei wurden sie durch die austretenden Kohlenoxydgase betäubt. Wiederbelebungsbemühungen, die durch die Rettungsmannschaften der Preußengrube vorgenommen wurden, waren nur bei Rogowski und Kairnol von Erfolg, während Haider, wie durch den hinzugekommenen Arzt Dr. Kaul festgestellt wurde, sein Leben eingebüßt hat.

Hindenburg OS. Aufstellung eines Notstandsprogramms der Stadt. Nach Einleitung von Verhandlungen mit Berlin und Oppeln, um genügende Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu erhalten, befaßt sich jetzt der Magistrat auf Anregung der Stadtratskommission mit der Aufstellung eines umfangreichen Arbeitsprogramms und der Vorbereitung von Notstandsarbeiten. Das Programm, das dringliche Sanitätsarbeiten und Straßenausbesserungen für Hindenburg vorsieht, wird wahrscheinlich schon in der Stadtsitzung am Donnerstag behandelt werden.

Gleiwitz. Uebernahme des ober-schlesischen Museums durch die Stadt. In der Jahres-Sitzung der Versammlung des Ober-schlesischen Museumsvereins wurde der Abschluß eines Vertrages mit der Stadt Gleiwitz beschlossen, nach welchem diese das Museum übernimmt. Im weiteren Verlauf der Hauptversammlung wurde von zahlreichen Anschaffungen, Geschenken und Leihgaben berichtet, durch die das Museum im abgelaufenen Geschäftsjahre bereichert wurde. Der Besuch im Berichtsjahr betrug rund 8900 Personen.

Gleiwitz OS. Ein Postauto in die Klodnitz gerät. In der Nacht zum Sonnabend fuhr ein Postauto der Kraftverkehrs-Gesellschaft über die Holzbrücke über die Klodnitz. Infolge des schlüpfrigen Weges geriet das Auto an das Geländer, das durchbrach. Das Auto stürzte in die Klodnitz. Nach einer Stunde erst wurde von einem Passanten, der das Auto in der Klodnitz liegen sah, Meldung erstattet. Polizei und Feuerwehre eilten sofort an die Unfallstelle. Die Klodnitz wurde abgegräbt, da man annahm, daß der Führer im Wasser liege. Es stellte sich aber dann heraus, daß der Führer zu Hause war und ebenso seine beiden Begleiter, die mitgefahren waren. Von der Schußwunde und der Kriminalpolizei wurde die Absperrung der Unfallstelle veranlaßt. Das Auto ist schwer beschädigt. Fahrgehilfe und Kreterhelfer verletzt. Altem Anschein nach haben die Anwesen die drohende Gefahr rechtzeitig erkannt und sind abgegrungen. In ihrem Schrecken ließen sie nun schnellstens nach Hause, wo sie später angstzitternd aber wohlbehalten angetroffen wurden.

Kattowitz. Selbstmord. In der Nacht zum Freitag verübte der 44jährige Stefan Sajons mittels Leuchtgas Selbstmord. Der Anlaß zu dieser Tat gaben Familienirritationen, die wegen jändiger Trunkenheit des Selbstmörders entstanden waren.

Ein Betrüger in Priesterkleidung. Von der hiesigen Polizei wurde ein gewisser Leo Wolffi, 31 Jahre alt, aus Polen, der in der Kleidung eines katholischen Geistlichen Gehen sammelte, in Haft genommen. Es wurde festgestellt, daß er sich etwa ein halbes Jahr im Karmeliterkloster in Krakau befunden hatte, von wo aus er aber entlassen wurde. Er verlegte sich darauf, das Publikum zu prellen, indem er unberechtigterweise Geldgaben sammelte. Vorher hatte er schon auf diese Art und Weise in Polen „gewirkt“.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Der schwere Raubüberfall auf der Landstraße Althofbühl-Rothföhren aufgefährt.

Am 25. Februar wurden die Handelsfrau Berta Schneider und die Arbeiterin Anna Warshall aus Tiefensee, Kreis Nimptsch, auf dem Heimwege von Breslau hinter Althofbühl von zwei jungen Männern überfallen, verwundet und ihrer Burschenschaft von 700 Mark beraubt. Den fortgeführten Vernehmungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Täter in der Person des Emil Goerlich und des Karl Kuhn, beide in Breslau, Herzogstraße wohnhaft, zu ermitteln und am 12. d. Mts. festzunehmen. Außer anderem zahlreichem Beweismaterial haben die überfallenen Frauen bei erfolgter Gegenüberstellung die Festgenommenen zweifelsfrei als die Täter wiedererkannt und ihnen die Tat auf den Kopf jugsagt.

Neumarkt. Die armen, armen Großagrarien. In geradezu provozierender Weise versucht seit längerer Zeit das Großagrariertum der Verbraucherhaft klar machen zu wollen, daß, wenn ihnen nicht erhöhte Schutzölle und wesentlicher Erlaß in steuerlicher Hinsicht zuteil wird, sie am Ende des Latens seien. Wie wenig letzteres zutrifft, beharf auch nicht erst einer Erwägung und wir kennen diese Verhöhnung zur Stärkung ihrer Profitgier zu Genüge. Leider befindet sich in ihrem Gefolge ein Kreis mittlerer und kleinerer Landwirte, wonon aber in den letzten Monaten, ein großer Teil jenen Helden wider den Rücken setzte und sich in den schlechtesten Kleinbauern-Bund eingliederten. Damit aber die Vertreter des Großagrariertums „ihre Not“ voll zum Ausdruck bringen können und weiteren Mitgliederabwurf zu verhindern wollen, soll, wie wir hören, am Sonnabend, den 19. März, in unserer Kreisstadt eine öffentliche Kundgebung stattfinden. Am nur einigermaßen „Woll“ auf die Beine zu bringen, wird bei mittleren und kleineren Landwirten, christlichen und unorganisierten Landarbeitern, die Kellamtrommel geschlagen und dürtien Letztere sogar wiederum das Verlangen haben, mit einem vom „Herrn“ zur Verfügung gestellten Gelspann transportiert zu werden. Landarbeiter empfindt Euch, in welcher schäbiger Weise die Großagrarien jede Verbesserung unserer traurigen Lebenslage zu nichte machen. Mit unserer wirklichen Not, wollen sie die Öffentlichkeit für sich beeinflussen und, wenn es ihnen gelingt, uns als Lohn weitere Unterdrückung geben. Die gesamte Verbraucherhaft Neumarkts muß an diesem Tage diese „mitleidende“ Gesellschaft nicht erst eines Blickes würdigen.

Klettendorf. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Unser Heimabend beginnt heute um 1/8 Uhr. Alle Jugendgenossen und -genossinnen, die am Sonnabend im „Bürgerpark“ bei der Feier des Arbeitergesangsvereins „Seid Einig“ mitwirken, müssen heute Abend bestimmt im Heim erscheinen. Wer am Sonntag mit ins Theater gehen will, muß sich heute im Heim einschreiben lassen. Die Kassierer rechnen heute Abend die Februarbeiträge ab! — Alle Arbeitermädels und -burchen, die Ostern die Schule verlassen, laden wir zu unseren Veranstaltungen ein! — Voranzeige! Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sowie Freunde der S.A.J. in Klettendorf und Umgegend machen wir darauf aufmerksam, daß wir am Sonnabend, den 9. April, bei Conrad in Klettendorf unsere Fahnenweihe veranstalten. Wir bitten jetzt schon, für rege Propaganda Sorge tragen zu wollen!

Aus dem Kreise Nimptsch.

Im Volkstrauertag.

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ trat vormittags 11 Uhr am Bahnhof in stattlicher Zahl an. Unter klingendem Spiel geht es durch die Stadt nach dem Heldendenkmal in der Siedlung. Die anderen Vereine haben ihre Feier schon vollendet. Alles steht das Reichsbanner vor dem mahnenden Gedenkstein. Das Reichsbanner ehrt die Toten des großen Nordens. Kamerad Gemeinde legt unter Trommelwirbel einen Kranz mit den Farben der Republik nieder mit den Worten: Den Lebenden dienen, heißt die Toten ehren. Noch eine Minute stillen Gedenkens. Dann zerreiht ein Kommando die Stille. Der Marsch der Republik, die Farben einer neuen Zeit friedlich neben denen einer längst vergangenen Epoche. — Volkstrauertag! Das Reichsbanner marschiert durch die Stadt zurück. Dieser Ernst liegt auf den Gesichtern der Kameraden, die mitten in jenem juchzenden Wellenbrande gefanden haben und heute manchen verzogenen ist; ernst bliden die jungen Streiter der Republik, denen eine Minute all das Fürchtbare, das ihre Kindheit miterleben mußte, wieder im Innersten wachgerufen hat, und aus aller Gesicht leuchtet der feste Wille: Nie wieder Krieg! — Der Zug bewegt sich zum Denkmal der Gemeinde Fangel-Mittstadt, wo sich der feierliche Akt noch einmal wiederholt. Auch hier einen Kranz mit den schwarz-rot-goldenen Farben zum Zeichen, daß die Republik ihrer gefallenen Söhne gedenkt. Dann geht es unter den Klängen des Bannerliedes zum Ausgangsort zurück. — Das Reichsbanner hat seine gefallenen Brüder würdig geehrt.

Absturz eines Sportflugzeuges beim Probeflug. Auf dem Berliner Flugplatz Staaten stürzte am Montag nachmittag Flugzeugführer Ungewitter, einer der ältesten und bedeutendsten deutschen Piloten, tödlich ab. Ungewitter probierte als Chefpilot der Albatros-Werke ein neues Sportflugzeug aus. Dabei geriet die Maschine in einer Höhe von 600-800 Metern Höhe in Strudel und stürzte schließlich lenklos ab. Die Maschine ging völlig in Trümmer. Ungewitter war sofort tot.

„Gymnastische Uebungen“. Großes Aufsehen erregt in Ostföhningen die von der Staatsanwaltschaft Greiz verhängte Verhaftung des Schulleiters Max Donath aus der Ortshaus Molsdorf-Hermannsgrün. Dieser Jugenderzieher wird beschuldigt, die ihm anvertrauten Mädchen, die im Alter von 10 bis 14 Jahren standen, unästhetisch mißbraucht zu haben. Donath, der verheiratet, Vater eines Kindes und 45 Jahre alt ist, soll sich seine Verfehlungen bei gymnastischen Uebungen haben zuschulden kommen lassen. Zu diesen Uebungen habe er Gruppen von Mädchen in seine Wohnung bestellt. Die Mädchen mußten sich zu den Uebungen vollständig entkleiden, wobei es dann zu den unästhetischen Handlungen gekommen sein soll. Der Lehrer habe die Kinder durch strenge Strafandrohungen zum Schweigen gezwungen. Die Sittlichkeitsvergehen sollen seit zwei Jahren verübt worden sein, ohne daß selbst die Frau des Lehrers etwas bemerkt habe. Die Verfehlungen seien schließlich durch die Mutter eines dreizehnjährigen Mädchens festgestellt worden, die am Körper ihres Kindes Spuren einer auffälligen Verletzung entdeckt habe. Der Lehrer leugnet jede Verfehlung gegenüber seinen Schülerinnen und behauptet, es handle sich nur um einen Nachakt, weil er zu streng gewesen sei.

Menschenraub in Berlin. Im Zentrum von Berlin wurde am Sonntag nachmittag ein Einbruch in die Seidengroßhandlung von Bassler & Co. verübt, wobei die Diebe Seidenwaren im Werte von 150 000 Mark erbeuteten. Sie konnten mit ihrem Raube unerkannt entkommen.

Schießpulver in der Tabakspfeife. Einem Dienstmädchen in M m e r s t a d t bei Coburg hatte ein „Mißhold“ in die Tabakspfeife Schießpulver gestopft, das beim Anzündn der Pfeife explodierte. Der Knecht wurde im Gesicht so schwer verbrannt, daß das Augenlicht gefährdet ist.

Ein August-Bebel-Wohnungsbau in Wien. Bürgermeister-Geselle Seid hat in Wien einen neuen 300 Wohnungen umfassenden Wohnungsbau im 12. Bezirk eröffnet, der nach dem im Jahre 1913 gestorbenen Führer der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, benannt wurde.

Ein Arbeiterhotel in Jandvoori. Die niederländische Arbeiter-Touristen-Vereinigung plant den Bau eines großen Arbeiterhotels in dem holländischen Badeort Jandvoort. Vorgesehen sind 44 Wohnräume, 12 Logierkammern, 1 gemeinsamer Unterkertraum und eine Küche. Den Mittelpunkt der Anlage soll ein großes Café-Restaurant mit zwei Sälen bilden.

Tolle Wölfe in Lenins Stadt. In Simbirsk, welches zu Ehren Lenins nach seinem Familiennamen Ulanowost umbenannt worden ist, tauchten am hellen Tage in einer der zentralen Straßen der Stadt zwei Wölfe auf und stürzten sich auf die Passanten. Es entstand eine ungeheure Panik, bis die Wölfe von herbeigeeilten Polizisten erschossen wurden. Eine Untersuchung ergab, daß es sich um ein Tollwut erkrankte Tiere handelte.

Geheierter Schnapskonsum in Rußland. Der Branntweinkonsum in Rußland hat sich während der letzten Monate, seit Einführung des hochprozentigen Schnapses stark gehoben. In den letzten drei Monaten wurden in Rußland 200 Millionen Rubel für Branntwein ausgegeben, was einer Steigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres von 118 Prozent gleichkommt. Dabei ist der von den Bauern selbst hergestellte Branntwein, dessen Wert ebenfalls auf viele Millionen Rubel geschätzt wird, nicht berücksichtigt. Neben dem Branntweinkonsum ist auch der Verbrauch an Bier, Wein und sonstigen Spirituosen erheblich gestiegen.

Ein 87jähriger Doktorand. Ein Brüsting, der mit 87 Jahren den Doktorgrad erwirbt, ist gewiß keine alltägliche Erscheinung, und noch merkwürdiger ist es, wenn er ein Examen nachholt, zu dem er sich bereits vor 65 Jahren vorbereitet hat. Dieser Fall ist jetzt an der Sorbonne, der Pariser Universität, eingetreten. Louis Andrieux erwarb hier als Greis die Doktorwürde der Literatur, die er als Student in Lyon 65 Jahre früher nicht erlangt hatte. Andrieux mußte damals aus Familiengründen sein Studium plötzlich abbrechen, nachdem er seine juristischen Examen gemacht, aber nicht doktoriert hatte. Er wurde dann Staatsanwalt, Polizeipräsident in Paris und war schließlich französischer Gesandter in Madrid. Jetzt hat er sich im hohen Alter noch einmal auf das Doktor-Examen vorbereitet und es glücklich bestanden.

Die Damenkleidung wird immer leichter. Eine kanadische Amststelle, die das Gewicht der Kleidung der Kanadierinnen gepulst hat, kommt zu dem Ergebnis, daß die Toilette einer modernen Dame eine durchschnittliche Schwere von 2 Pfund 200 Gramm hat, während noch vor wenigen Jahren die Kleidung acht Pfund schwer war.

Am 14. März, vormittags 7 1/2 Uhr, verschied unerwartet mein guter Mann, Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin, der **Schneider Arthur Gnida** im Alter von 41 Jahren. Um stille Teilnahme bittet **Die trauernde Gattin nebst Sohn.** Beerdigung Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Friedhofes Burzauer Straße aus 217 Trauerhaus: Friedr.-Karlsstr. 50 part.

Danksagung. Für das letzte Geleit und die so zahlreichen Kranzspenden beim Heimzuge unseres lieben Sohnes **Karl** sagen wir auf diesem Wege allen recht herzlichen Dank. Ganz besonderen Dank nochmals der Sozialistischen Arbeiterjugend, dem Deutschen Metallarbeiterverband, den Kollegen der Firma C. Wolfbein, den Hausbewohnern des Hauses Fischerstraße 7/9, den Genossinnen und Genossen des Distrikts 15 der S. P. D. und Genossen Reinhold Zimmer. 218 **Familie Schaudienst.**

Zurückgekehrt **Sanitätsrat Dr. Ritter** 2225 Gartenstraße 42. **Fahrräder** Spezialräder zu Torpedo-Freiluft und pa. Bereifung 75, 85-120 Hl. **Bankelle** liefert zu perf. Siedlung Schweißk. Austausch bei Wiesner, Schweitzsch. 21 **4 Super 28, 35, 41** 5. Jan. - Feb. sehr billig nach 1 per. Rad 43 St. **Druckerei Bollmann** fertig modern Druckerei Station 2, Hauptstraße 48

Am 13. März verschied unser früherer langjähriger Stallmeister **Herr August Radek.** Ein ehrenvolles Andenken bewahrt ihm **Die Ein- u. Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhändler** e. V. n. S. U. 215

Ist Bohnenkaffee schädlich? Die einen sagen „ja“, die andern sagen „nein“. Was sollen Sie nun glauben? Sie brauchen sich um diese Frage garnicht mehr zu kümmern, wenn Sie Kathreiners Malzkaffee nehmen. Der ist bestimmt gesund. Jeder Arzt wird es Ihnen gern bestätigen. Und was doch heute auch sehr wichtig ist: 1 Pfundpaket kostet nur 50 Pfg. Wenn Sie Kathreiners Kneipp-Malzkaffee noch nicht kennen sollten, so probieren Sie ihn bitte einmal eine Woche lang. Er wird auch Ihnen sehr gut schmecken. 33 Millionen Tassen „echter Kathreiner“ werden täglich allein in Deutschland getrunken! Wie gut muß er sein!

Gewerkschaftsbewegung.

Die zehn Gebote für Betriebsräte.

- 1. Studiere das Betriebsrätegesetz genau; alle Paragraphen mußt du kennen!
2. Lerne deine Arbeitsordnung möglichst auswendig.
3. Sämtliche Bestimmungen der Lohnordnung mußt du kennen.
4. Den Inhalt des Rahmenvertrages vom Tarif darfst du nie vergessen.
5. Was befragt das Arbeitszeitabkommen für deinen Betrieb?
6. Vertiefe dich in die Vorschriften der Schlichtungsordnung.
7. Beachte die Bestimmungen der Gewerbeordnung.
8. Dränge stets auf die Innehaltung der Unfallverhütungs- und Dienstvorschriften.
9. Greife keine grundsätzliche Frage auf, ohne dich vorher mit deiner gewerkschaftlichen Organisation zu verständigen.
10. Vertiefe dich in die Geheimnisse der Wirtschaft, denn du lernst nie aus.

Im den hier aufgestellten Geboten ersieht man, daß das eines Betriebsrats keine Sinecure ist, im Gegenteil, viel Aufmerksamkeit und Scharfsinn erfordert. Deshalb müssen alle Arbeiter, Angestellten und Beamten die freigewerkschaftlichen wählen und für diese eintreten.

Was soll der Betriebsrat?

Seit einem halben Dutzend von Jahren besteht nun diese Einrichtung der Betriebsräte. Abgesehen von den ersten Irrungen und Wirrungen (Verteilung von Sped., Lebensmitteln usw.) haben sich unsere Kollegen in ihre Aufgaben eingearbeitet. Wir stehen aber immer noch am Anfang. Wenn auch mancher Betriebsrat selbst genau weiß, wozu er berufen ist, so muß doch festgestellt werden, daß große Teile der Arbeiterchaft die Aufgaben der Betriebsräte immer noch von der falschen Seite betrachten.

Der Betriebsrat ist nicht nur dafür da, die Beschwerden eines jeden Mitgliedes der Poleschaft entgegenzunehmen und in einem für ihn günstigen Sinne zu lösen. Er hat andere, weitergehende Aufgaben. Vergessen wir nicht, daß der Betriebsrat in enger Verbindung mit den Gewerkschaften dahin streben soll, die Demokratisierung der Wirtschaft vorzubereiten. Wir streben doch alle dahin, die Wirtschaft zu durchdringen und die gesamte Produktion der Kontrolle der Hand- und Kopfarbeiter zu unterwerfen. Das können wir aber nur, wenn die Betriebsräte Zeit und Gelegenheit haben, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Darum ergeht an alle freigewerkschaftlichen Mitglieder immer wieder der Ruf, nur die besten Kollegen in den Betriebsrat zu wählen. Und wenn sie gewählt sind, dann heißt ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben! Bringt nur wirklich begründete Beschwerden vor. Arbeitet bewußt mit an den oben bezeichneten Zielen. Nur so werden wir alle miteinander unseren Aufgaben gerecht.

Kritik am Betriebsrat.

Die Neuwahl der Betriebsräte steht vor der Tür. In vielen Fällen werden die Mitglieder der Tätigkeit ihres Betriebsrates allerlei auszuweichen haben. Das darf uns aber nicht dazu verleiten, hemmungslos Kritik zu üben. Wir müssen uns vielmehr vor Augen halten, das Amt des Betriebsrates ist ein Ehrenamt! Das heißt, der Kollege wird für diese Tätigkeit nicht bezahlt, er hat nichts davon als - einen Haufen Arbeit, viel Ärger und Verdruß. Persönlich würde sich der Betriebsrat besser stellen, wenn er nicht immer die Aufmerksamkeit und den Unwillen des Arbeitgebers zuerst auf sich lenken würde, sondern genau wie du seiner Arbeit nachginge. Er tut das aber nicht, sondern er tritt für dich ein, wenigstens wo er kann und die Kollegen einigermaßen hinter dich stehen. Wüßtest du also seine Tätigkeit kritisieren, dann frage dich zuerst, ob du selbst es besser machen können. Ist das nicht der Fall, dann wähle die alten Kollegen wieder und Sorge du mit dafür, daß jedes Betriebsratsmitglied zur Wahl geht und nur die freigewerkschaftliche Liste wählt!

Zahlen und ihre Konsequenzen.

Die Feststellungen des Statistischen Reichsamtes über das Anwachsen der erwerbsfähigen und erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland verdienen die größte Beachtung der Öffentlichkeit. Sie zeigen von neuem den furchtbaren Ernst des Arbeitslosenproblems, und die Vertreter des ADGB haben deshalb auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auf der Direktor Dr. Flaker vom Statistischen Reichsamte auf die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt hinwies, in der Ausdrucksweise mit allem Nachdruck betont, daß die Reichsstellen nun auch aus den Ziffern der amtlichen Statistik die entsprechenden Folgerungen ziehen müssen.

Die Hauptursache der deutschen Arbeitslosigkeit liegt nach den Darlegungen Dr. Flakers in der stürmischen Vermehrung der Arbeitshände in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft der Arbeitsfähigen Erwerbstätiger mehr aufzunehmen als 1907 und über 5 Millionen mehr als vor dem Krieg. Bis zum Jahre 1930 wird noch eine weitere Million Erwerbsfähiger hinzukommen. Die Proletarisierung hat enorm zugenommen. Gerade aus den Kreisen des durch Krieg und Inflation schwer mitgenommenen Mittelstandes bringen immer neue Arbeitskräfte in die Betriebe. Der Kampf um Arbeit und Brot wird noch weiter verschärft durch das immer stärkere Hineinrängen erwerbsfähiger Frauen in die Berufsarbeit. Heute sind 3,3 Millionen Erwerbstätiger Frauen mehr vorhanden als vor dem Krieg, und das Eindringen der Frauen in die Berufe nimmt von Jahr zu Jahr zu. Im Jahr der vorletzten Volkszählung, 1910, lebten in Deutschland rund 850 000 Frauen mehr als Männer, heute, nach den Ergebnissen der Zählung von 1925, ist ein Ueberfluß von rund 2 100 000 Frauen zu verzeichnen. Auf je 1000 Männer kommen etwa 1070 Frauen. Jede zehnte Frau muß heute auf die Ehe verzichten, während im Jahre 1910 erst jede 60. Frau von diesem Schicksal getroffen wurde. Die Zahl der ledig bleibenden Frauen wird immer größer; sie ist schon jetzt größer, als nach der Statistik angenommen werden kann. Nicht Chemiediegels des Mannes, sondern wirtschaftliche Gründe spielen bei dieser verhängnisvollen Entwicklung die erste Rolle. Das zeigt schon darin, daß im Mittelstand die Zahl der Eheschließungen beträchtlich geringer ist als bei den Arbeitern. Immer mehr Frauen sind deshalb gezwungen, sich durch Berufsarbeit eine Existenz zu gründen.

Dieser überaus bedeutsamen bevölkerungspolitischen Entwicklung steht auf der anderen Seite der Fortschritt der Technik gegenüber. Auf der einen Seite ungeheure Vermehrung der erwerbsfähigen und erwerbstätigen Bevölkerungsmassen, auf der anderen Seite Rationalisierung und Technisierung und Verminderung der Nachfrage nach Arbeitskräften! Zwischen diesen beiden Faktoren steht das große Heer der Arbeitslosen, das bei dieser Entwicklung noch auf Jahre hinaus in jurchsamerem Umfang bestehen bleiben muß, wenn nicht durch sozialpolitische Maßnahmen ersten Ranges Abhilfe geschaffen wird. Auch die Reichsstellen, die die „Königliche Zeitung“ mitzuteilen, daß, selbst wenn der Penderbäck der Erwerbstätigen in der Gesamtzahl der Erwerbsfähigen in den nächsten Jahren sich nicht erhöht, dann noch die

bringende Gefahr besteht, daß eine Erwerbslosigkeit von 2 bis 2 1/2 Millionen auch während der nächsten Jahre, vorhanden sein wird.

Werden sich nun endlich Reichsregierung und Reichstag gegenüber der vom Statistischen Reichsamte gestellten geradezu erschütternden Prognose über die Arbeitsmarktentwicklung zu Taten aufraffen? Die erste Tat, die keinen Tag länger hinausgezögert werden kann, muß Arbeitszeitverkürzung sein. Gerade die Feststellungen des Statistischen Reichsamtes zwingen mit elementarer Wucht zu einer durchgreifenden Tat in der Arbeitszeitfrage. Mit Notstandsarbeiten und ähnlicher Medizin kann hier nicht geholfen werden. Nur ein kühner operativer Eingriff durch kürzere Arbeitszeit und eine daran anschließende Kräftigung des Marktes durch Hebung der Kaufkraft der Massen, durch Erhöhung der Löhne, kann dem kranken Körper der Wirtschaft Seilung und Genesung bringen. Löhne, Konsequenzen! Die Konsequenzen aus den Zahlen des Statistischen Reichsamtes müssen gezogen werden. Nicht Kurpfuscher - Chirurgen vor die Front!

In Sachsen geht es schon wieder los.

Neue Konflikte in der ostsächsischen Textilindustrie.

Schwere Arbeitskonflikte bedrohen die Textilindustrie Ost-Sachsens. Obwohl durch Schiedspruch ein 7 1/2-prozentiger Zuschlag auf alle Zeit- und Allortbeitslöhne bestimmt ist, versuchen die Unternehmer in zahlreichen Fällen, die Löhne wesentlich unter den festgesetzten Satz herunterzubrüden. Die Lohnsituationen sind beträchtlich. Bei einer Anzahl von Firmen kam es bereits aus diesem Anlaß zu Kündigungen. Bei der Firma C. E. Förster in Neusalza-Spremberg haben die Weber gekündigt, worauf die Firma allen übrigen Arbeitern ebenfalls kündigte. Bei der Firma Wagentrecht & Vogler in Radeberg (Sachsen) sind die Weber freilich entlassen worden, weil sie sich weigerten unter Lohnverpflichtungen zu arbeiten. In der Triebwerksfabrik S. J. S. haben zunächst sechs Spinner die Kündigung erhalten, weil die Firma die Absicht hat, den noch im Arbeitsverhältnis stehenden Spinnern die doppelte Arbeitsleistung bei gleichen Löhnen zuzumuten.

Die Spinner werden sich unter keinen Umständen den Plänen der Firma fügen, sondern unbedingt verlangen, daß ihre gekündigten Kollegen weiter im Betriebe bleiben. Ebenso werden sie es ablehnen, eine Mehrleistung mitzumachen, die die Entlassung zahlreicher Kollegen nach sich ziehen würde. Bei der Firma Gebr. Zeile in Kirchau haben in einigen Abteilungen die Lohnkürzungen von 7 1/2 bis 50 Prozent stattgefunden. Auch dort werden die Arbeiter unter keinen Umständen diese Lohnherabsetzung dulden. Die Firma hat bereits den Betriebsratsvorsitzenden, der das Vorgehen der Firma in einer Verammlung ins rechte Licht rückte, freilich entlassen. In Löbau bestehen bei der Firma August Römer Lohnunterschiede, ebenso bei der Firma Deißel & Hofmann in Nieder-Kamersdorf. In beiden Fällen dürfte es zu offenen Konflikten kommen. Insgesamt bestehen innerhalb Ost-Sachsens in 56 Fällen solche und ähnliche Streitfälle zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern.

Die Gewerkschaften haben die Textilarbeiter und -arbeiterinnen bereits alarmiert. Die Textilarbeiterchaft muß sich zum Kampfe bereit halten, damit die Pläne der Unternehmer, die trotz günstiger Geschäftslage die Arbeitsverhältnisse verschlechtern wollen, vereitelt werden.

Die bayrischen Staatsarbeiter sollen noch ihre Weihnachtzulage bekommen.

Die bayrische Regierung hat sich bis jetzt immer noch nicht entschließen können, die Weihnachtzulage für die Staatsarbeiter entsprechend dem gegen die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen gefassten Beschluß des Haushaltsausschusses vom 21. Dezember 1926 restlos auszuzahlen. Die Arbeiter der staatlichen Brauereien, Berg-, Hütten- und Sägenbetriebe will man nun mit einem Bruchteil der Weihnachtzulage abspesen.

Die preussische Bergwerks-, Hütten- und Metallgesellschaft hat, wie wir erfahren, die Zahlung der einmaligen Weihnachtzulage auf die zu ihr beurlaubten Staatsbeamten deshalb abgelehnt, weil die Preussische wirkliche Staatsbeamte nicht kennen, sondern nur Privatangestellte, die durchweg über die staatlichen Sätze hinaus bezahlt würden. Aus diesem Grunde habe keine Veranlassung für die Zahlung einer besonderen Weihnachtzulage bestanden.

Das Reichsfinanzministerium verhandelt mit den Gemeinde- und Staatsarbeitern.

An den Gemeinde- und Staatsarbeiterverbänden ist zu Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter eine Einladung des Reichsfinanzministeriums zum Donnerstag, den 17. März, ergangen. Nach dem Einladungsschreiben zu schließen, dürfte es sich dabei wahrscheinlich nur darum handeln, daß das Reichsfinanzministerium zunächst nur die Forderungen der Arbeitnehmer des Reiches entgegennehmen will.

Der Schiedspruch im Bankgewerbe ungenügend.

Vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten wird uns zu dem am 14. März d. Js. im Reichsarbeitsministerium gefassten Vergleich zwecks Beilegung des Tarifkonflikts im Bankgewerbe mitgeteilt, daß er in dem Vergleich gegenüber dem im vorigen Monat ergangenen Schiedspruch keinen Fortschritt zu erblicken in der Lage ist. Da jedoch der Deutsche Bankangestelltenverband und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sowohl wie der Frankfurter Kassendotterverband diesem Vergleich bereits ihre Zustimmung geben, hielt der Allgemeine Verband es für richtig, vor einer endgültigen Stellungnahme die Meinung seiner Ortsgruppen einzuholen.

Gehaltsforderungen der technischen Beamten und Angestellten des Rheinlandes.

Der Bund der technischen Beamten und Angestellten, Gau Rheinland-Westfalen, teilt mit, daß die tariflichen Gehaltsätze für die Angestellten im Hoch- und Tiefbaugewerbe (Tarifvertragsgebiet Westdeutschland) für den Monat März gekündigt wurden. Auf die bisherigen Mindestgehälter wurde eine Erhöhung von 15 Prozent gefordert.

Die Lohnverhandlungen für die Rheinschiffahrt

sind gescheitert, weil die Arbeitgeber eine Herabsetzung der Gehälter und Löhne verlangten, was von den Gewerkschaften nicht nur abgelehnt, sondern mit der Forderung auf weitere Erhöhung der Löhne und Gehälter beantwortet wurde. Die Gewerkschaften haben zahlreiche Versammlungen einberufen, in welchen zum Lohnkonflikt und zur Arbeitszeitfrage Stellung genommen werden soll.

Vom polnischen Textilstreik.

Am 14. März. (Eigener Drahtbericht.) In Bielsk ist es am Montag zu einem Vergleich zwischen den Textilarbeitern und den Industriellen gekommen, der eine zehnprozentige Lohnherabsetzung vorsieht. In Lodz hat sich dagegen der Streiklage ganz bedeutend verschärft. Nachdem die Industriellen

trotz der von Regierungsseite erfolgten Intervention die größte Unnachgiebigkeit an den Tag legten, haben die Berufsverbände in Lodz beschlossen, den Streik auch auf die anderen Arbeitsgebiete, und, wenn nötig, den Generallstreik, zu proklamieren.

Die Regierungsbehörden haben inzwischen jede Versammlung unter freiem Himmel verboten, so daß in den wenigen großen Sälen der Stadt täglich mehrere Hunderttausende der Arbeiter stattfinden, die von Zehntausenden besucht sind. Die Arbeiter sind entschlossen, angesichts des unnachgiebigen Standpunktes der Industriellen bis zur vollen Erfüllung ihrer Forderungen zu kämpfen. In Warschau fand eine Konferenz von Vertretern der Berufsverbände statt, die sich ebenfalls mit einer Ausbreitung des Streiks zur Unterstützung der Lodzer Textilarbeiter befaßte.

„Ein jüngerer Trost ist ihm geliebet“

er zählt die Haupt seiner Lieben und - seinem Rufe folgten lieben - „Schulentlassene!“ So der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.B.A.) in seiner öffentlichen Jugendversammlung. Ganze sieben Schulentlassene, außer den 20 Mitgliedern im Jugendbund des G.B.A., die mit einzelnen Familienangehörigen erschienen waren, „füllten“ die ersten Bankreihen der Aula der Cecilienhule. Eine Frau kommt, die die Altersgrenze im „Jugend“bund des G.B.A. eine sehr dehnbare zu sein scheint. Selbst die eifrige Empfehlung, die der Herr Rektor der evangelischen Volkshule in der Parkstraße seinen Schülern gab, bei Eintritt in das Berufsleben sich dem G.B.A. anzuschließen, brachte nicht den gewünschten Erfolg. (Was sagt übrigens die städtische Schulverwaltung hierzu?) Nach Einhaltung von drei akademischen Minuten wurde die Versammlung durch den Jugendleiter eröffnet. Rudweise schiederte er Worte der Begrüßung in den leeren Raum. Sein Tonfall berechtigt übrigens zu großen Hoffnungen eines werdenden preussischen Offiziers.

Immer wieder versichert der G.B.A., nur kaufmännische Angestellte in seinen Reihen organisiert zu haben. Doch bei näherem Anblick seiner besonders vorgetragenen „Haus“kapelle mußte man sich belehren lassen, daß auch Angehörige des Holzarbeiterverbandes in Ermangelung kaufmännischer Gefolgschaft als Mitglieder des G.B.A. bezeichnet werden.

Als Referent des Abends war Herr Fritz Mewes (Reichs-Jugendleiter des G.B.A.) aus Berlin erschienen. Er versuchte zunächst, seine enttäuschten Mitglieder und Mitgliederinnen über das ungewollte Ausbleiben der „Zukunft“ im G.B.A. zu trösten. Selbst Herr Mewes konnte sich nicht verhehlen, die abgeleitete Platte von „Water, Söhnen und den drei Stuben“ von neuem aufzuspielen. Wie weit der G.B.A. um die soziale Besserstellung seiner Mitglieder, besonders der Jugendlichen, bemüht ist, teilte uns der Referent gleichfalls in aller Ehrlichkeit mit. „Ka“ Ansicht dieser Arbeitnehmer, „vertretung“ ist dem Lehrling (wollen Lehrling nicht „nur“ Arbeitszeit sein soll) für alle die im Geschäft zu verrichtenden vorstehenden Arbeiten nach Möglichkeit eine eventuelle kleine Entschädigung zu gewähren. Als Anerkennung hierfür muß der Lehrling bestrebt sein, seine ganze Arbeitskraft mit Freuden in den Dienst seines Berufsstandes und damit in den Dienst der gesamten deutschen Volksgemeinschaft zu stellen. Erstrebung edler Berufsgegnung, Hochachtung der Ehre des Kaufmannsstandes, muß höchstes Ziel jedes Kaufmannschürlings sein. Doch damit nicht genug. Herr Mewes versuchte den Schulentlassenen klar zu machen, daß unter „Stand“ fast allen Lehrlingen ausnahmslos ermöglicht, in gehobenen Stellungen aufzusteigen. Nur der beruflich Minderwertige wird diese Aufstiegsmöglichkeit nicht erkrimmen können. (Ein Meister der Volkswirtschaft und eine Stunde auf der Breslauer Sternstraße dürften Herrn Mewes etwas modernisieren.) Den Mädchen machte der Referent diese Kost mit Profurissen und Abteilungsleiterinnen-Bisitionen besonders schmackhaft.

So Herr Mewes, der Reichs-Jugendleiter des G.B.A. Ihr Schulentlassenen und zur Entlassung kommenden Mädels und Burischen! Ihr, die ihr den Angestelltenberuf ergriffen habt und ergriffen wollt! Jetzt sprechen wir zu euch! Wollt ihr einer Organisation angehören, die euch für eine eventuelle kleine Entschädigung der Ausbeutung der Unternehmer ausliefert, obendrein die Erwerbslosigkeit eurer Angehörigen verhöhnt, dann tretet der Bewegung des Herrn Mewes bei.

Wollt ihr aber, daß eure Ausbildung keine Ausbeutung bleibe, wollt ihr die soziale und kulturelle Besserstellung der Jugendlichen, wollt ihr eine angemessene Freizeit und menschenwürdige Bezahlung der Kaufmanns- und Bürolehrlinge, dann tretet ein in die Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Breslau, Margaretenstraße 17, II. Der Z.V.A. allein ist infolge seiner gesteigerten Machtposition und seines parlamentarischen Einflusses in der Lage, die bestmöglichen Forderungen der kaufmännischen Jugend erfolgreich zu verwirklichen.

Schon jetzt fordern wir euch auf, unsere am Mittwoch, den 27. April, in der Aula der Cecilienhule, Taschenstraße 25, stattfindende öffentliche Jugendkundgebung zu besuchen. Bringt auch eure Schulkameraden, die den gleichen Berufsweg gehen wollen, mit. Alle sollt ihr herzlich willkommen sein!

Wirtschaft.

Die „Erfolge“ der Kartellgerichte.

Eine Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

Das Reichswirtschaftsministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Wirkung der Kartellverordnung und den Erfolg der bisherigen Tätigkeit des Kartellgerichts vorgelegt. In der Zeit vom 24. November 1923 bis zum 1. Januar 1927 waren insgesamt 1771 Kartellverfahren anhängig. An diesen 1771 Streitfällen waren oder sind aus der Industrie und Handel im ganzen 399 Verbände beteiligt und zwar 37 der Textil-, 51 der Eisen- und Metall-, 15 der chemischen und der Bau-, 33 der Kohlen-, 29 der Papier-, 27 der Nahrungsmittel-, 21 der Glas- und Porzellan-, 15 der Elektrizitäts- und Installationsbranche, 10 des Maschinenbaues, 12 des Speditionsgewerbes sowie 22 weitere Verbände verschiedener Wirtschaftszweige.

Die Anträge sind in 663 Fällen infolge außergerichtlicher Erledigung zurückgenommen worden; 41 kündigende Firmen haben sich vor dem Kartellgericht über ihr Ausbleiben aus dem Verbände oder über ihr weiteres Verbleiben im Kartell verständigt. In 200 Fällen sind die Anträge durch Entscheidung des Kartellgerichts erledigt worden.

Das Reichswirtschaftsministerium selbst ist der Auffassung, daß die in den Kartellgerichtsverfahren angeordneten Ermittlungen einen wertvollen Einblick in die Wirtschaft der gewählten haben, die vielfach in der Preispolitik der Kartelle und in der Art des Organisationszwanges wahrzunehmen sind. Es konnte aber auch in nicht seltenen Fällen beobachtet werden, daß die Verbände bemüht waren, den vom Kartellgericht in seinen Entscheidungen aufgestellten Grundsätzen Rechnung zu tragen und begründeten Klagen ihrer Mitglieder rechtzeitig abzugeben. Soweit die beim Kartellgericht anhängig gewordenen Streitigkeiten nicht zu einer endgültigen Entscheidung geführt haben, hat sich jedenfalls gezeigt, daß schon durch die Möglichkeit des Eingreifens der Verwaltung oder die Anrufung des Kartellgerichts eine günstige Beeinflussung der Verbandspreise erreicht werden konnte.

Angesichts des sich täglich häufenden Kartellunfalls scheint uns die Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums außerordentlich optimistisch.

Die Fleischversorgung der Arbeiterschaft.

In der agrarischen Presse wird augenblicklich ein Programm erläutert, wie der Fleischbedarf des deutschen Volkes aus der heimischen Landwirtschaft gedeckt werden kann. Dabei spielt das rheinisch-westfälische Industriegebiet eine Rolle, das bekanntlich als Hauptkonsument für zollfreies Gefrierfleisch in Betracht kommt. Wenn man dem Verfasser des Artikels glauben will, ist das Problem sehr einfach zu lösen. Die Einfuhr von Gefrierfleisch wird durch Zölle unmöglich gemacht, indem sämtliche Zölle für Fleisch, Fleisch und Fett auf 20 bis 25 Prozent des Warenwertes erhöht werden. Nachdem man so die Fleischzufuhr erschwert hat, soll das rheinische Industriegebiet vom Osten her versorgt werden, denn nur so wird, wie die Agrarpresse betont, dort eine stärkere Viehhaltung rentabel.

Allerdings müssen auch die Preise gesteigert werden, denn auch diese sind „völlig unzureichend“. Der Sinn des Artikels ist sehr eindeutig. Dem Arbeiter soll das billige Einfuhrfleisch entzogen werden; man will ihn zwingen, den Agrarern zuliebe teures Inlandsfleisch zu kaufen. Das heißt den Teufel durch ein weiteres Böses austreiben. Wenn es bisher möglich war, für viele Millionen Gefrierfleisch im Industriegebiet abzugeben, so lag dies doch nur eben daran, daß sein Preis 40 Prozent billiger ist als der für frisches Fleisch. Also nicht die Vorliebe für Gefrierfleisch, obwohl es an Nährwert dem frischen vollkommen gleichwertig ist, veranlaßt den Arbeiter, es dem inländischen vorzuziehen, sondern nur der niedrige Preis.

Daß die Fortschritte der heutigen Technik es an und für sich ermöglichen, mittels Kühlwagen Fleisch in beliebiger Menge von Ostpreußen nach dem Rhein zu verschicken, ist klar. Aber darum handelt es sich ja gar nicht. Die Deckung des Fleischbedarfs ist für den industriellen Westen keine Mengensfrage, sondern eine Preisfrage. Für die deutsche Landwirtschaft kommt das Rhein- und Ruhrgebiet wegen seiner geringen Kaufkraft als Absatzmöglichkeit kaum in Betracht. Würde durch die Zölle die Einfuhr von Fleisch und Gefrierfleisch verhindert, so wäre der Arbeiter eben gezwungen, seinen Fleischkonsum erheblich herabzusetzen oder ganz darauf zu verzichten. Der Landwirtschaft wäre mit einer solchen Maßnahme daher auch nicht geholfen. Auf der anderen Seite würde dem Arbeiter ein wichtiges Nahrungsmittel entzogen oder ohne Grund verteuert. Ein solch unsoziales Vorgehen zugunsten der Landwirtschaft ist vollständig unangerechnet; niemand würde es vertuschen. Die verhängnisvollen Folgen, die dieses naturnotwendig nach sich ziehen müßte, braucht man sich nicht erst auszumalen, zumal die ohnehin traurige Lage der Minderbemittelten und Erwerbslosen hierdurch nahezu unerraglich würde. Die Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents zugunsten der Landwirtschaft bedeutet also für die Industriearbeiterschaft Verzicht auf den täglichen Fleischgenuss. Die Fleischpreise, die der Großagrariar diktiert, kann der Arbeiter unmöglich zahlen. Daß aber der Landwirt aus Sympathie für die Arbeiter den Preis für frisches Fleisch, der ihm heute schon zu niedrig scheint, herabsetzen wird, kommt nicht in Frage.

Die neuen Wege zur Fleischversorgung, die uns das Agrarierturn zeigen will, sind jedenfalls für den Arbeiter, bei einigem Nachdenken aber auch für den Landwirt, nicht zu ertragen: sie führen auch zu keinem volkswirtschaftlich erziehbaren Ziel. Es wäre weit richtiger gewesen, die Landwirtschaft auf die großen Verdienstmöglichkeiten hinzuweisen, die ihr durch eine Konzentration auf die Produktion von Milch und Käse entstehen würden. Hier wäre es sehr wohl denkbar, daß die deutsche Landwirtschaft durch die Herstellung hochwertiger Ware die Einfuhr erheblich herabdrücken könnte, weil an der Einfuhr von dänischer Butter und teurem französischem Käse nur der Vermittler, nicht aber der Arbeiter, interessiert ist. J. S.

Verbilligung der Fordautos.

Die Fordwerke werden nach ihrer neuen Umstellung, wie aus Amerika berichtet wird, ihre Autos bedeutend verbilligen, um die Konkurrenz gegen die General-Motors-Company aufnehmen zu können. Sehr wahrscheinlich kommt eine Preisermäßigung von 175 Dollars pro Wagen in Frage.

Die Bewegung der Baumwollpreise.

die gerade jetzt die Konjunktur der deutschen Textilindustrie hart beeinflusst, war in den Jahren nach dem Kriege mehr als jeder andere Rohstoff von dem Ausfall der Welterte und dem Verbrauch abhängig. Diese Abhängigkeit dürfte am besten aus folgender Zusammenstellung hervorgehen:

Welterte	Verbrauch	Preise
(in 1000 Ballen)		Newyork 1913/14 = 100
1912/13	24 120	—
1913/14	25 525	100
1920/21	21 782	139,79
1921/22	16 915	147,12
1923/24	19 300	242,40
1925/26	28 863	159,91
1926/27	30 000	116,71

Die scharfen Preissteigerungen, die während des Krieges zu beobachten waren und den Preis ungefähr um das 3-fache des Friedensstandes erhöhten, finden in den Jahren 1921 bis 1924 ihren Abschluß. Im Verlauf der durch die allgemeine Bedarfs- und Absatzkrise gekennzeichneten Deflationstrafe gab der Preis für amerikanische Baumwolle innerhalb eines Jahres um 70 Prozent nach und senkte sich im März 1921 auf 93 Prozent des Friedensstandes.

Für die Preisbildung tritt dann immer mehr und mehr der Bedarf in den Vordergrund, der durch die Vervollständigung der Kunstseide stark eingeschränkt wird. In den letzten Monaten stand dann der Baumwollpreis durchaus unter Einfluß der guten Welterte. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erzielten rund 19 800 Ballen gegenüber rund 14 Millionen Ballen im Jahre 1912/13 und 8,3 Millionen Ballen im Jahre 1921/22. Infolge dieser guten Ernte, die allerdings qualitativ zu wünschen übrig läßt, gaben die Preise abermals nach und sanken erstmalig seit der Deflationstrafe des Jahres 1920/21 unter den Stand von 1913.

Durch die Bestrebungen, den Baumwollpreis künstlich zu steigern (Baumwollkartellierung) ist es gelungen, die Preise wieder zu treiben. Sie liegen gegenwärtig um 2-5 Cents pro 1 Ballen über dem Stand von Dezember 1926. Die Bewegung des Baumwollpreises hat dann auch für die Fertigwaren eine steigende Preistendenz ausgelöst.

Die Berliner Werkstofftagung. Die für Oktober 1927 geplante Werkstofftagung in Berlin wird in erster Linie Stahl und Eisen, die Nichtmetalle und die elektrotechnischen Werkstoffe umfassen. Nach den bisherigen Dispositionen werden ungefähr 300 Vorträge von ersten Wissenschaftlern und Praktikern über die verschiedenen Gebiete der Werkstoffkunde und der Werkstoffprüfung gehalten werden. Mit der Tagung ist eine Ausstellung größter Stills über die verschiedenen Werkstoffe und ihre Prüfung verbunden. — Interessant ist, daß man bei den Vorträgen neben Werkstoffforschern, Konstrukteuren, Betriebs- und Prüffeld-Ingenieuren auch Meister, Handwerker, Arbeiter und Werkstoffkäufer berücksichtigt hat.

Die Kölner Frühjahrsmesse (20. bis 25. März) ist bis auf den letzten verfügbaren Platz belegt. Neue Anmeldungen können daher nicht mehr berücksichtigt werden.

Neue Bestimmungen über den Reisegepäckverkehr in Rußland werden ab 1. Juli in Kraft treten. Hiernach kann das Gepäck auch ohne Wertangabe angenommen werden, aber nicht später als bis zehn Minuten vor Abgang des Zuges. Bei Nachgewicht gegenüber dem ausgewiesenen Gewicht ist eine Nachzahlung nicht zu leisten. Bei Verlust des Gepäcks erfolgt eine Entschädigung jedoch nur entsprechend der Wertangabe.

Arbeiter-Sport

In alle Vereine, die Jugendpflege betreiben! Achtung! Kursus für Rettungsschwimmen!

Bald beginnt wieder die schöne Zeit, wo es hinausgeht ins Freie, um Körper und Geist zu stärken in Luft, Sonne und Wasser. Die Jugendgruppen ziehen hinaus zur fröhlichen Fahrt. Und welche Freude herrscht gerade bei den Jugendlichen und Kindern, wenn sie hören, unterwegs wird gebadet. Kommt dann die fröhliche Wanderfahrt an einen Bach, einen Teich, einen Fluß oder gar einen See, dann gibt es wohl keinen, der nicht mitmachen möchte, keinen, der sich nicht erfrischen wollte an einem kühlen Badesee. Doch, da fällt oft ein Vermutströpfchen in den Freudenbecher, denn es stellt sich oftmals heraus, daß nur Schwimmkundige der Freude teilhaftig werden können. Aber weit unangenehmer wird die Situation für den Leiter, wenn gerade er nicht schwimmen kann, wenn gerade er nicht mitkommen kann mit seinen Schülern, die auf ihn, als ihren Führer, als ihren Führer schauen. Der Führer ist verantwortlich für seine Schar, und wie schmerzhaft wäre es für ihn, sollte er bei einem etwa eintretenden Badeunfall ratlos und hilflos am Ufer stehen müssen, und nicht helfen zu können, weil er nicht schwimmen kann, weil er nicht weiß, wie er helfen soll. Hier muß sich der Führer zeigen, hier heißt es bereit sein. Jeder Leiter einer Jugendgruppe sollte ein ausgebildeter Rettungsschwimmer sein und sollte in seiner Schar einige im Rettungsschwimmen ausgebildete Schwimmer haben. Um unsere Jugendleiter im Rettungsschwimmen auszubilden, wird von Seiten des Arbeiter-Sportartells unter Leitung des Schwimmvereins „Poseidon“ am 3. April ein Kursus für Rettungsschwimmen beginnen. In diesem sollen an mehreren Sonntagen im Hallenbad der Teilnehmer die Kenntnisse des Rettungsschwimmens beigebracht werden; theoretische Unterrichtsstunden in der Woche und ein Vortrag eines Arztes werden den Stundenplan vervollständigen. Am Schluß des Kursus findet eine Prüfung nach den Bestimmungen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt und jeder geprüfte Rettungsschwimmer erhält einen Ausweis.

Zugelassen werden nur vorangegangene Schwimmer, in erster Linie die Jugendleiter. Jedoch können auch alle anderen hieran interessierten Jugendlichen und Erwachsenen sich beteiligen; es wird dann eventuell ein Parakursus stattfinden. Die Meldungen dürfen nur durch die Vereinerzähler und sollen enthalten: Vor- und Nachname, Beruf, Alter und Wohnung der Teilnehmer und sind zu richten an: Herrmann Lindner, Gräblichener Straße 46 III., **Meldefrist am 26. März.** Die Teilnahme ist kostenlos. Auf den ersten Anruf sind bereits eine ganze Anzahl Meldungen erfolgt. Vor Beginn des Kursus findet eine Verlesung aller gemeldeten Teilnehmer statt. Man beachte alle diesbezüglichen Nachrichten unter „Arbeiter-Sport“.

Fußballerenspiele am 20. März.

- Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Gegner, Platz, Schiedsrichter.
- 1.30: Trebnitz II. — Hundsfeld II., Trebnitz, Rentisch.
 - 1.00: Herta II. — Münsterberg II., Hartsfeldweg, Bandtke.
 - 10.00: Süd III. — Silesia-Riders III., Krieterer, Ron.
 - 10.30: Einigkeit IV. — Stern III., Groß-Machern, Volger.
 - 10.30: Stern IV. — Einigkeit III., Gräblichener, Machner, E.
 - 10.00: Süd IV. — Oswig III., Oswig, Kälich, K.
 - 1.30: Union III. — Silesia-Riders III., Deitlich-Lina, Serinef.
 - 10.00: F.S.V. 1. Jgd. — Hundsfeld 1. Jgd., Bebelpark, Reinert.
 - 10.00: West 1. Jgd. — Coel 1. Jgd., Eichenpark, Ulrich, Georg.
 - 11.00: Dels 1. Jgd. — Rapid 1. Jgd., Dels, Gimmley-Dels.
 - 9.00: Süd 1. Jgd. — Vorwärts 1. Jgd., Krieterer, Wiesmich.
 - 10.00: B.V. 1. Jgd. — B.V. 1. Jgd., Klein-Gandau, Schola, Brich.
 - 12.00: Einigkeit 1. Jgd. — Streblen 1. Jgd., Gr.-Machern, Stad.
 - 9.00: B.V. 1. Schüler — Sturm 1. Schüler, Klein-Gandau, Heßl der Verein.
 - 9.00: West 1. Schüler — Sparta 1. Schüler, Eichenpark, Heßl der Verein.
 - 9.00: Union 1. Schüler — Fr. Sportfreunde, 1. Schüler, Deitlich-Lina, Heßl der Verein.
 - 9.00: 1921 1. Schüler — Silesia-Riders 1. Schüler, Bebelpark, Heßl der Verein.
 - 10.00: Fr. Sportfreunde 2. Schüler — B.V. 2. Schüler, Jant-holzweide, Heßl der Verein.
 - 10.00: Sparta 2. Schüler — Union 2. Schüler, am Schlachthof, Heßl der Verein.
 - 10.00: 1921 2. Schüler — Silesia-Riders 2. Schüler, Bebelpark, Heßl der Verein.
 - 11.15: West 2. Jgd. — Süd 2. Jgd., Eichenpark, Bed.
 - 3.30: Süd I. — B.V. I., Krieterer, Haag.
 - 1.30: Süd II. — B.V. II., Krieterer, Grindel, Otto.
 - 3.30: Union I. — B.V. I., Deitlich-Lina, Wulfa.
 - 3.30: Einigkeit I. — Sturm I., Groß-Machern, Machner, B.
 - 1.30: Einigkeit II. — Sturm II., Groß-Machern, Horn, M.
 - 3.30: B.V. I. — Halle I., Lottschin, Rudolph, E.
 - 1.30: B.V. II. — Halle II., Ditahin, Belleche.
 - 3.30: West I. — Stern I., Eichenpark, Ugebauer, O.
 - 1.30: West II. — Stern II., Eichenpark, Gröblich.
 - 3.30: F.S.V. I. — Streblen I., Bebelpark, Rosler.
 - 1.30: F.S.V. II. — Streblen II., Bebelpark, Stuller.
 - 3.30: Sparta I. — Oswig I., am Schlachthof, Okros.
 - 1.30: Sparta II. — Oswig II., am Schlachthof, Braub.
 - 3.30: Sportfreunde I. — Wader I., Jantholzweide, Stemoniewis.
 - 1.30: Sportfreunde II. — Wader II., Jantholzweide, Gerlach.
 - 3.30: B.V. I. Dels — Hundsfeld I., Dels, Marzball.
 - 3.30: Trebnitz I. — Coel I., Trebnitz, Rentisch.
 - 3.30: Bernstadt I. — Coel I., Bernstadt, Marganus.
 - 3.30: 1921 I. — Rapid I., Bebelpark, Schüler.
 - 3.30: Böttwisch I. — B.V. I., Böttwisch, Hunger.

- 3.30: Vorwärts I. — Münsterberg I., Hartsfeldweg, Wende.
- 3.30: Koberwitz I. — Fortuna I., Koberwitz, Kühndel.
- 3.30: Ost I. — Herta I., Kimpel, Lober.
- 1.30: 1921 II. — Rapid II., Bebelpark, Reimann, G.
- 1.30: B.V. II., Dels — Coel II., Dels, Freudenbera.

Fußballspiele.

Die Verein- und Jugend- bzw. Schülerleiter werden daran erinnert, sämtliche ausgegebenen Eintrittskarten für die gemeinsame Jugendführung bis spätestens am 19. März abzurufen. Die einzelnen Stellplätze (Treppentritte) sind zu beachten. Die Karten Srigauer Platz, Silesia-Gräblichener Straße, Jantholzweide, Herta (Obertor) Waterlooplatz, Treppentritte über all abends 6 Uhr. Wir markieren dann gemeinsam mit den anderen Sparten und Jugendorganisationen nach dem Gewerkschaftshaus. Zutreffende müssen unbedingt bis 7.15 Uhr dort sein. Rote Fahnen und Buntspinn nicht vergessen, andere Fahnen dürfen nicht mitgeführt werden. Jeder Teilnehmer bringt seine Eintrittskarte mit; es wird vor dem Umzuge kontrolliert. Kleidung: Straßenanzug, Berlin unter dem Jackett.

Kartell-Übungskunde

für die Kinderabteilungen aller Kartellvereine!

Sonntag, den 20. März, vormittags 8 1/2 Uhr, beginnt in den beiden Turnhallen in der Liegnitzer Straße der praktische Übungsbetrieb für die Übungen der Knaben- und Mädchenabteilungen aller Kartellvereine zum Kartell. Von jeder Knaben- oder Mädchenabteilung müssen 2-3 Kinder mit 2 Leitern erscheinen und praktisch mitüben. Die Knaben üben in der unteren Halle, die Mädchen in der oberen Halle. Von 10 Uhr an wird nach Musik geübt. Vertreter müssen sein: Freie Turnervereine, Jimpel, Schwimmer, Fußballer- und die Athleten-Kinderabteilungen. Wir machen alle Vereine und Abteilungen darauf aufmerksam, daß mit dieser Übungsstunde der offizielle Anfang der Kartellübungen gemacht wird. Abmonatlich findet nur einmal diese Übungsstunde statt. Mit dem eingetriben Stoff gehen die Leiter in die Abteilungen und Vereine und müssen bis zur nächsten Übungsstunde ihren gesamten Kindern die besten und schönsten Übungen gut eingeübt haben. Am Sonntag, den 21. April, ist in der Festturnhalle die zweite Übungsstunde und gleichzeitig die erste Massenprobe für alle Kartellvereine. Dort wird die erste Übung mit allen Kindern (Knaben und Mädchen gemeinsam) nach Musik geübt. Diejenigen Vereine und Abteilungen, welche also am 20. März fehlen, haben es dann doppelt schwer, das Veräumte nachzuholen. Bei dem diesjährigen Kartell, welcher durch die aktive Beteiligung der Prager und Wiener Genossen erstmalig einen internationalen Charakter erhält, muß es der Stolz jedes Abteilungsleiters sein, vollständig mit seinen Kindern bei den Massenübungen anzutreten. Die Kartellführung führt über die Beteiligung an den jeweiligen Übungsstunden und Massenproben eine genaue Statistik. Nach dem üblichen Entkommen werden die Massenübungen der Frauen und Männer eingelebt. Näheres wird in der nächsten Sportbeilage mitgeteilt.

In alle Leiter der Sportlerinnenabteilungen aller Kartellvereine!

Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, ist im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, eine Besprechung für alle Funktionenäre der Sportlerinnenabteilungen. Tagesordnung: Kartellprogramm, also Straßenläufe, Weitsprung und Kletterübungen, Einzel- und Massensprobenübungen und Kleidungsfragen. Nach dieser Sitzung findet statt, daher ist pünktliches Erscheinen der geschäftlichen und technischen Leiter und Leiterinnen aller Vereine und Abteilungen dringend notwendig. Vertreter müssen sein: die Turnerinnenpartei einschließlich Jimpel, die Wasserpartei drei Vereine, Handballspielerinnen und Naturfreunde.

Achtung, Kartelldelegierte!

Wenn es möglich ist, werden am Dienstag bei der Sitzung der Sportlerinnen die Angelegenheiten der Freizeiter, welche in den gesamten Sportabteilungen verteilt werden sollen, ausgegeben. Die Delegierten wollen an dieser Stelle noch einmal auf die Bekanntmachung achten.

Jugendfundgebung!

Am Sonnabend, den 19. März, nimmt die gesamte Jugend aller Kartellvereine an der Jugendfundgebung im „Schlachthof“ aktiv durch ihre Vereinsteilung teil. Kein einziger Jugendlicher bleibt zu Hause! Die Erwachsenen verstärken durch ihre Beteiligung die gesamte Jugendfront!

Kinderfreie Filme!

Am 17. und 18. März läuft der vorletzte kinderfreie Film. Wer mit seinen Kindern einmal zwei Stunden herzlich lachen will, der organisiere den Massenbesuch für Donnerstag oder Freitag zur 5-Uhr-Vorführung.

Vorkandidatur des Sportartells. Am Mittwoch, den 23. März, findet die Vorkandidatur im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13, statt.

Technikerprüfung des Sportartells. Am Mittwoch, den 30. März, wird die Kartelltechnikerprüfung im Gewerkschaftshaus bestimmt abgehalten. Jeder Verein des Kartells muß durch seinen technischen Leiter vertreten sein, wenn er am Kartell und den Straßenläufen etwas mitbestimmen will. Nachträgliche Proteste sind zwecklos und können keinerlei Beachtung finden.


Freie Turnerische Breslau, e. B. In der morgen stattfindenden Vereinsversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshaus werden von der technischen Leitung eine ganze Menge äußerst wichtige technische Mitteilungen gemacht, welche ganz bestimmt jedes einzelne Mitglied, ob jung oder alt, stark interessieren wird. Der technische Obmann des Vereins ersucht hiermit alle Vereinsangehörige, am Mittwoch, den 16. März, pünktlich mit dem Mitgliedsbuch, zur Vereinsversammlung zu erscheinen.

Gruppen freier Menschen i. B. e. B. Mittwoch, den 16. März, Vortrag von Genossen Dr. E. E. E. in: „Die Organisation der Partei“. Zahlreiches Erscheinen wird bestimmt erwartet. Gäste stets herzlich willkommen.

Übungen des Fußball-Verhandlungsausschusses am 23. März. Folgende Sportgenossen sind eingeladen: 8 Uhr Kurzer (Dels) 8.05 Uhr Kretschmer (Schiedsrichter), 8.15 Uhr Ulrich (Rapid) 8.20 Uhr Belleche (F.S.V.), 8.25 Uhr Maslos (Rapid) 8.40 Uhr Kern, West, Händel, West, dann Schiedsrichter Steinig (Süd), und eventuelle Zeugen. 9 Uhr in Sachen Erich Bauer (Süd) und Schiedsrichter Artur Scheibel. 9.15 Uhr in Sachen S. Reich, Schiedsrichter, und Sportgenosse Heinrich Köhler (Süd).

Vereinsvorsitzende der Fußballpartei des 1. Bezirks. Am Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr, findet bei Birta eine Sitzung statt. In Frage kommen nur Vereine aus Breslau und der nächsten Umgebung. Bitte aber, daß jeder Verein unbedingt vertreten sein muß.

Breslauer Sportklub Hero 1910, e. B. Handball. Der Verein gründet eine Handball-Abteilung. Zu diesem Zwecke ist Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Bauh, Leuthenstraße 28, eine Versammlung aller Interessierten. Wer in diese Abteilung mitzutreten will, kann sich dort aufnehmen lassen. Sämtliche Anträge an Hermann Zajada, Breslau 13, Auguststraße 53.



III. Sorte 6 Wg.

Dames 5 Wg. Memphis 5 Wg.

die beliebtesten Zigaretten-Marken der Osterreich.-Tabak-Regie